

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Beyags-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Beyag durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 15.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 98.—  
jährlich . . . . . 192.—

Zustellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Ercheint mit Ausnahme  
des Montags täglich früh.

## Unkorrektheit und Unsauberkeit Herrn Straßella gerichtlich bestätigt.

Wien, 19. September. (Eigenbericht.) Um Mitternacht wurde in dem Prozeß Straßella gegen die „Arbeiter-Zeitung“ das Urteil verkündet. Der verantwortliche Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ wurde zwar zu einer Geldstrafe von 5000 Schilling verurteilt, in den beiden entscheidenden Punkten, nämlich hinsichtlich des Vorwurfs der Unkorrektheit und Unsauberkeit, jedoch freigesprochen.

## Die neue „Pressefreiheit“ in Spanien.

Madrid, 19. September. Blättermeldungen zufolge wurden gestern, am ersten Tage der Pressefreiheit, zwei Ausgaben von Provinzialblättern beschlagnahmt. Der in Bilbao erscheinende „El Liberal“ wurde wegen Abdruckes einer Rede des sozialistischen Führers Prieto konfisziert. Das in San Sebastian erscheinende Blatt „Diario Pueblo“ wurde wegen Abdruckes eines Artikels eines ehemaligen spanischen Ministers beschlagnahmt, in welchem König Alfonso beschuldigt wird, den Umsturz selbst vorbereitet zu haben, um hierdurch den Antritt der Diktatur Primo de Ribera zu ermöglichen.

In Madrid überfielen gestern der sogenannten Legionärpartei angehörende junge Leute die Redaktionsräume des Blattes „No Otrora“, welcher in seiner letzten Nummer die Angehörigen der Legionärpartei als „Banditen“ bezeichnet hatte. Die Angreifer drangen in die Redaktionsräume ein, zertrümmerten das Mobiliar, zerschlugen die Telefonapparate und mißhandelten einige Redakteure.

## Zusammenstöße in Madrid.

Madrid, 19. September. Gestern demonstrierte die streikende Arbeiterschaft vor dem Palats des Zivilgouverneurs. Die Polizei mußte gegen die Demonstranten einschreiten. Bei dem Zusammenstoß wurden mehrere Demonstranten und Polizisten verwundet.

## Eine „nationale“ Regierung in Sachsen?

Dresden, 19. September. (Eigenbericht.) Die Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei hat an sämtliche bürgerlichen Parteien des sächsischen Landtages einschließlich der Nationalsozialisten ein Schreiben gerichtet, in dem gesagt wird, der Ausgang der Reichstagswahlen habe die von der Wirtschaftspartei eingeleiteten Verhandlungen zur Bildung einer nationalen Regierung durchaus bestätigt. Die Fraktionen werden gebeten, mitzuteilen, ob sie bereit sind, sich an der Bildung einer solchen nationalen Regierung zu beteiligen oder eine solche Regierung zu ermöglichen. Es wird um baldige Antwort gebeten, damit noch vor dem Zusammentritt des Landtages eine Klärung geschaffen werden kann.

## May Hölz gesucht.

Plauen i. Vogtl., 19. September. Außer dem von der Berliner Staatsanwaltschaft erlassenen Haftbefehl gegen May Hölz sind auch von der Polizeidirektion Plauen zwei Anzeigen gegen den Geflüchten erstattet worden, weil er in seiner Rede in der Festhalle auf dem Plauener May durch Verächtlichmachung des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert gegen das Republikstiftungsgesetz verstoßen und Beleidigungen gegen die zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in und vor der Festhalle anwesenden Polizeibeamten ausgesprochen hat.

## Ein Friedensdiktator in China?

Nanking, 19. September. Die Meldung, daß der Machthaber der Mandschurei, Tschang Süliang, zwischen der Nordpartei und der Nanking-Regierung vermitteln wolle, wird hier offiziell bestätigt. Wie verlautet, hat Tschang Süliang seine Absicht den Parteien in einem Zirkulartelegramm mitgeteilt und den Führern der Nordpartei den dringenden Rat erteilt, die Feindseligkeiten in Erwartung einer friedlichen Beilegung des Konflikts sofort einzustellen. Andernfalls werde die Mandschurei bereit sein, energische Maßnahmen gegen die Nordarmee zu ergreifen. Wie es heißt, beabsichtigt Tschang, 140.000 Mann nach Peiping und Tientsin zu entsenden, von denen 40.000 bereits gestern von Mukden nach Tientsin abgegangen sein sollen.

## Minderheitenfrage in Genf aufgerollt.

Deutschland fordert Vervollkommnung des Beschwerdeverfahrens. — Briand und Beneš gegen jede Aenderung.

Genf, 19. September. Die heutige Sitzung des sechsten Ausschusses war ausgefüllt mit der Beratung der Minderheitenfrage, die durch einen Antrag der deutschen Delegation vor die diesjährige Versammlung gebracht worden ist.

Im Auftrag der deutschen Delegation legte Reichsminister a. D.

Roch-Breger

den Standpunkt der deutschen Regierung dar. Er führte u. a. aus:

Es gewinnt die Erkenntnis immer mehr Raum, daß die Minderheitenfrage eine befriedigende Lösung finden müsse, wenn eine politische Entspannung in Europa erreicht werden solle. Der Völkerbund könne angesichts der zunehmenden Bedeutung des Minderheitenproblems und im Hinblick auf die gesteigerte Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung in bezug auf diese Frage in die Gefahr geraten, hinter der Entwicklung zurückzubleiben.

Die Anwendung des Beschwerdeverfahrens könne im Interesse der Minderheiten noch wesentlich vervollkommen werden.

Die Auslegung der Bestimmungen über die Zulässigkeit von Beschwerden müsse möglichst weit herzig gehandhabt werden.

Man begeht einen schweren Fehler, wenn man Minderheitenpetitionen grundsätzlich als relativ belanglose Sache ansehen will.

Da das Minderheitenbeschwerdeverfahren bisher der einzige Punkt ist, auf dem der Völkerbund eine Garantiepflicht erfüllt, müsse besonderer Wert darauf gelegt werden, daß die Dreierkommission die an sie gelangenden Beschwerden möglichst eingehend prüfe. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Dreierkommission auch möglichst weitgehenden Gebrauch von der Veröffentlichung ihrer Untersuchungen mache. Neben der Kenntnis der interessierten Regierungen wäre auch der Inhalt der Petitionen wiederzugeben. Jedes Ratsmitglied muß in der Lage sein, sich fortlaufend über den Stand eines Beschwerdeverfahrens zu unterrichten. Auch die Einsetzung eines

ständigen Minderheitenausschusses beim Völkerbund

wolle die deutsche Delegation nicht aus dem Auge verlieren.

Die Minderheitenfrage, so erklärte der deutsche Delegierte zum Schluß, ist ein allgemeines europäisches Problem. Der Kern dieses Problems ist nicht mehr und nicht weniger, als den Minderheiten den Schutz ihrer Menschenrechte auf Achtung ihres Volkstums, ihrer Muttersprache, ihrer Kultur und Religion im Rahmen des Staates, in dem sie leben, nicht nur rechtlich zu verbrieft, sondern auch praktisch zu verwirklichen.

Die gegebenen Mittel zwischen zwei Kulturen und damit die Vorkämpfer des geeinten Europas sind die Minderheiten, die ihre Kultur frei entwickeln können. Die Befriedigung und Annäherung Europas gebe nicht nur über gefallene Zollgrenzen, sondern in allererster Linie über befriedigte Minderheiten.

Nach der Erklärung des japanischen Delegierten, daß die Erfahrungen aus den Madrider Beschlüssen noch nicht genügend seien, um ihre Aenderung zu empfehlen, ergriff namens Frankreichs

Briand

das Wort. Er lehnte die Idee der Errichtung einer ständigen Minderheitenkommission ab, die bei der gegebenen Rechtslage nicht mehr machen könnte als der Rat und dessen dreigliedriger Ausschuss. Daher müsse man abwarten, wie sich die Madrider Beschlüsse bewähren.

## Abrüstungskonferenz nicht vor Sommer 1931.

Genf, 19. September. Im Haushaltsausschuss der Völkerbundsversammlung sprach in der Budgetberatung der englische Delegierte Dalton die bestimmte Erwartung aus, daß die Abrüstungskonferenz, deren Kosten schon seit Jahren im Budget mit 300.000 Schweizer Franken veranschlagt werden, im Jahre 1931 endlich zusammentrete. Dalton erklärte, daß die bei anderen Kosten des Budgets

darauf sprach der tschechoslowakische Außenminister

Dr. Beneš

Er machte zunächst auf das Dilemma und Kompliziertheit des Minderheitenproblems aufmerksam, bei welchem sich oft Gefühlsmomente und Leidenschaft zeigten. Die Minderheitenfrage hat je nach den Umständen verschiedenes Aussehen, obwohl einige Grundprinzipien überall identisch seien. Zu dem von den früheren Rednern bereits Gesagten machte er drei Bemerkungen:

1. Die Frage des Vorgehens (Prozedur) bei Minderheitsbeschwerden ist im engen Zusammenhang mit den Minderheitenverträgen. Jede Frage der Prozedur in Angelegenheit der Minderheitenverträge wurde bisher immer im Einvernehmen mit den interessierten Staaten und unter ihrer Zustimmung festgesetzt. Vom tschechoslowakischen Rechtsstandpunkt aus könne nicht einmal für die Zukunft in dieser Angelegenheit irgend etwas ohne Zustimmung der beteiligten Staaten gemacht werden. Das ist das Recht der Staaten, die den Minderheitenvertrag unterzeichnet haben und die Tschechoslowakei könne darauf nicht verzichten. Es läßt sich kaum je ganz präzis bestimmen, wann und wo die Prozedur endet und wo eigentlich das Problem beginnt. So ist es auch bei der Frage, die uns hier beschäftigt. Wir haben die Minderheitenverträge unterzeichnet und dadurch Minderheitenverpflichtungen übernommen. Wir sind entschlossen, unsere Pflichten voll zu erfüllen und erfüllen sie auch. So viel ist aber klar, daß nicht einseitig und nur für uns allein die in dem internationalen Vertrag enthaltenen Verpflichtungen vermehrt oder erweitert werden können, insbesondere können wir es nicht tun, in irgendeiner Form eines abgeänderten Verfahrens. Es handelt sich hier um einen politischen und gleichzeitig juristischen Standpunkt.

2. Ersucht Beneš aus diesen verschiedenen Gesichtspunkten heraus, daß nicht irgendein unzulässiges juristisches Präcedens geschaffen werde; wir sind, sagt er, im weitesten Maße bereit, über das Minderheitenproblem auf Grundlage des Artikels 3 des Völkerbundsstatutes zu diskutieren. Wenn in diesem Sinne Resolutionen vorgelegt werden, könne ihnen die tschechoslowakische Delegation zustimmen.

Als letzter Redner in der heutigen Vormittagssitzung sprach der ungarische Delegierte

Graf Apponyi.

Nach seiner Ansicht könne sich der Völkerbund bei der Behandlung der Minderheitenfrage nicht auf das bloße Verfahren beschränken. Das Minderheitenproblem müsse von einem viel breiteren Gesichtspunkt aus auf Grund des Artikels 10 des Statutes behandelt werden. Den Hauptmangel des heutigen Systems erblicke er darin, daß die Beschwerdeführer nicht erfahren, was mit ihrer Petition geschehen sei.

Darauf reagiert Graf Apponyi direkt auf die von Dr. Beneš gemachten Bemerkungen. Er stimme nicht mit der Ansicht überein, daß die Prozedur nicht ohne Zustimmung der Minderheitenstaaten geändert werden könne; seiner Ansicht nach könne der Rat die Art des Verfahrens bei Minderheitenbeschwerden ändern, so weit dies nicht mit dem Wortlaut der Minderheitenverträge ausdrücklich im Widerspruch stehe. Er schloß sich der von Briand vorgebrachten Anschauung an, daß man abwarten müsse, wie sich die Madrider Beschlüsse bewähren. Die Errichtung einer ständigen Minderheitenkommission würde allerdings in bedeutendem Maße zur Pazifizierung Europas beitragen.

angebrachten Sparmaßnahmerückichten bei der Ausgestaltung dieser Konferenz im Hinblick auf ihre große Bedeutung etwas zurücktreten könnten. Graf Bernstorff schloß sich im Namen der deutschen Delegation dieser Forderung an, der ferner der holländische, schweizerische, österreichische und ungarische Vertreter zustimmten. Der Generalsekretär Drummond teilte mit, daß die erforderlichen Kredite sichergestellt seien. Aus seinen Erläuterungen ging hervor, daß man in Völkerbundsreisen mit der Einberufung der Abrüstungskonferenz für den Sommer 1931 rechne.

## Die Lehren des Falles Mayer.

Die Verhaftung und Verurteilung des Grazer Privatbeamten Mayer wegen Armeebelädigung hat die öffentliche Meinung der Tschechoslowakei und Oesterreichs in weitem Maße erregt. Nun hat das Prager Kreisgericht der vom Angeklagten überreichten Berufung stattgegeben und ein freisprechendes Urteil gefällt. Jedem, der vom Urteil der ersten Instanz Kenntnis hatte, konnte der Ausgang des Berufungsverfahrens nicht zweifelhaft sein. Wenn das Berufungsgericht ein Urteil, welches dem Rechte und Gesez entspricht, fällen wollte, konnte es nur mit einem Freispruch vorgehen, denn — ob nun der Ausspruch von den feigen tschechischen Hundt gefallen ist oder nicht — keinesfalls hat er sich auf das jetzige tschechoslowakische Infanterieregiment Nr. 28, dessen Existenz Mayer nicht kannte und auch nicht kennen konnte, bezogen. Demzufolge konnte sich die tschechoslowakische Armee durch den Ausspruch nicht beleidigt fühlen.

Wenn die Richter des Berufungsgerichts also ein freisprechendes Urteil gefällt haben, so haben sie — ihrem Berufe getreu — nur dem Rechte zum Durchbruch verholfen. Dennoch muß hier offen erklärt werden, daß es ihnen zu besonderer Ehre gereicht, sich dem Terror der Strafe und dem Geschrei der nationalistischen Presse nicht gebeugt und nach ihrem Gewissen als Richter entschieden zu haben. Sie haben dadurch dem Staate einen größeren und wertvolleren Dienst erwiesen und seinem Ansehen im Auslande mehr, unendlich mehr, genügt, als jene beiden Herren, die nichts besseres zu tun hatten, als ein privates Gespräch — mag es sich nun so oder so zugetragen haben — zum Gegenstand einer Denunziation und einer Haupt- und Staatsaffäre zu machen. Das Urteil vom Dienstag, von einem jungen, der Sache nicht gewachsenen, der schweilen und verletzten Atmosphäre erlegenen Bezirksrichter gefällt, hatte weithin sichtbar das Problematische an der tschechoslowakischen politischen Judikatur enthüllt. Der gestrige Spruch des Berufungsorgans hat ebenso weit leuchtend die tschechoslowakische Judikatur in viel günstigerem Lichte gezeigt. Daß die vernünftige und gerechte Rechtsprechung zur Regel, Klassenmäßige und nationale Voreingenommenheit der Justiz zur Ausnahme werde, dazu möge das gestrige Urteil ein Beginn sein.

Die tschechoslowakische Justizverwaltung hat sich in diesem, vor den Augen der ausländischen Öffentlichkeit sich abspielenden Fall im besten Lichte gezeigt. Die Schnelligkeit, mit der die Verhandlungen, sowohl in erster, als auch in zweiter Instanz, anberaumt wurden, zeigt, daß die Absicht bestanden hat und auch verwirklicht wurde, die Tschechoslowakei als einen Staat europäischer Rechtskultur erscheinen zu lassen. Die Einwendung, die von tschechischer nationaler Seite gegen dieses rasche Verfahren erhoben wurde, daß dadurch der Ausländer gegenüber den Inländern bevorzugt behandelt wurde, ist ebensodumm wie unbegründet. Denn ein Inländer wird ja wegen einer Ehrenbeleidigung nicht in Untersuchungshaft gesetzt und hat daher an einer raschen Erledigung durchaus kein so dringendes Interesse, wie der auf der Durchfahrt begriffene und eben deswegen nicht auf freiem Fuße belassene Mayer. Die Person des Herrn Mayer, der uns politisch durchaus fern steht, war es nicht, die sowohl unsere Presse als auch die unserer österreichischen Bruderpartei veranlaßt haben, für ihn einzutreten. Unrecht bleibt Unrecht, an wem immer es begangen wird und es ist Aufgabe der Sozialdemokratie, es zu bekämpfen. Hier hat es sich um eine recht bedenkliche Tatsachensituation und um eine gänzlich unhaltbare juristische Subsumption gehandelt. Wenn die sozialdemokratische Partei da eingriff, so lag ihr nichts ferner, als sich mit dem angeblichen Ausspruch Mayers, mag er ihn nun getan

haben oder nicht, auch nur im geringsten Maße zu identifizieren.

Der Fall Mayer wurde auf beiden Seiten zur Aufspaltung der nationalistischen Leidenschaften mißbraucht, auf der einen Seite zu einer groben, auch vor Unwahrheiten nicht zurückschreckenden Heße, in der sich auch ein tschechisches Linksbild gefiel, auf der anderen Seite in läppischen und wertlosen Demonstrationen gegen die Grazer tschechische Minderheit, mit eingeschlagenen Fenstern u. a.

Die Sozialdemokratie begrüßt es, daß durch das gestrige Urteil der Anlaß für die Aufspaltung nationalistischer Instinkte, an der nur die Gegner der Arbeiterklasse ein Interesse haben können, beseitigt worden ist, und hofft, daß das Urteil nicht nur eine neue Aera in der tschechoslowakischen politischen Judikatur (auch gegen oppositionelle Inländer!) bedeutet, sondern auch zur Völkerveröhnung und Verständigung beitragen wird.

### Auffstieg der tschechischen Sozialdemokratie.

155.000 Organisierte, 3833 politische Organisationen.

Aus dem Bericht des Sekretariats der tschechoslowakischen Sozialdemokratie, welcher dem Ende des Monats zusammen tretenden Parteitag vorgelegt wird, geht hervor, daß in der Zeit vom 1. Jänner 1927 bis zum 31. Dezember 1929 in der Republik insgesamt 1113 neue politische Organisationen der tschechischen Sozialdemokratie gegründet wurden, während 302 aufgelöst worden sind, Ende 1929 gab es insgesamt 3833 politische Organisationen der Partei, davon 775 städtische und 3058 ländliche.

In diesen Organisationen waren Ende 1929 129.204 Männer und 29.279 Frauen, insgesamt 155.483 Mitglieder organisiert. Gegenüber dem letzten Kongressbericht bedeutet das einen Aufstiege um 40.530 Mitglieder.

Diese Zahlen geben ein Bild des raschen Aufstieges der tschechischen sozialdemokratischen Partei.

### Für die Sechshundstundensperre und die vollständige Sonntagsruhe.

Gemäß dem Gesetz vom 19. Dezember 1918, Art. 91, über den Achthunderttag, das für alle Arbeitnehmer grundsätzlich die achtstündige tägliche bzw. 48stündige wöchentliche Arbeitszeit festsetzt, haben auch die im Handel beschäftigten Angestellten und Arbeiter das Recht auf diese Höchstarbeitszeit. Nun gelten aber bezüglich des Offenhaltens der Geschäfte noch die aus der Vorkriegszeit stammenden Bestimmungen der Gewerbeordnung, die über das Ausmaß der acht- bzw. 48stündigen Arbeitszeit hinausgehen. Zwar heißt es schon in einem Erlaß des Ministeriums für soziale Fürsorge vom 21. März 1919, daß die Arbeitnehmer trotz der zulässigen längeren Geschäftszeit nicht länger als acht Stunden täglich (48 Stunden wöchentlich) beschäftigt werden dürfen und daß die Regelung der Speersstunden und Einteilung der Arbeitszeit unter Beobachtung auf diese nicht überschreitbare Höchstarbeitszeit zu treffen sei; in der Praxis hat es sich aber gezeigt, daß die Einschränkung der Arbeitszeit der Angestellten auf acht Stunden täglich bzw.

48 Stunden wöchentlich, wenn gleichzeitig die Geschäfte länger offen gehalten werden, gewissen Schwierigkeiten begegnet. Dieser Zustand erfordert infolgedessen eine entsprechende Abhilfe, und zwar nicht nur vom Gesichtspunkte der Angestellten, sondern auch von dem der Geschäftseute, weil bei Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit jene Geschäfte, welche Angestellte beschäftigen, gegenüber jenen, die nur von den Gewerbetreibenden betrieben werden, in Nachteil geraten.

Ebenso unregelmäßige Zustände wie in der Labensperre bestehen auch in der Sonntagsruhe. In verschiedenen Bezirken und Orten ist die gangjährige vollständige Sonntagsruhe durch landesbehördliche Verordnungen eingeführt und hat sich bestens bewährt, während in anderen Gebieten der Republik die Geschäfte auf Grund der Vorkriegsbestimmungen der Gewerbeordnung noch an einigen Sonntagsvormittagsstunden offengehalten werden dürfen. Diese ungleichartigen Verhältnisse bedürfen auch der Abhilfe.

Deßhalb haben auf Anregung des Allgemeinen Angestelltenverbandes Reichenberg und im Einvernehmen mit dem Einzelverband der Privatangestellten Prag die Abgeordneten Franz Maasoun und Robert Klein einen Antrag auf Abänderung der §§ 90b und c der Gewerbeordnung zur Herbeiführung der allgemeinen Sechshundstundensperre mit einer zweiseitigen Mittagspause (Geschäftszeit von

### Vor dem Parteitag der britischen Arbeiterpartei.

Der Jahresparteitag der Labour Party wird im Pier-Pavillon in Wandudno vom Montag, den 6. Oktober bis Freitag, den 10. Oktober stattfinden. Die Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheitswesen Susan Lawrence wird als erste Frau den Vorsitz führen.

Wie beim letzten Parteitag werden auch diesmal Mitglieder des Labour Ministeriums über Fragen ihres Ressorts referieren. Diese Neueinführung ist im Vorjahr in Brighton sehr beifällig aufgenommen worden, da man sich darüber einig war, daß der Parteitag auf diese Weise in viel näheren Kontakt mit der Arbeit der Regierung gebracht werden ist, als es ohne diese Referate möglich gewesen wäre. Der Parteivorstand teilt mit, daß in Wandudno sprechen werden: Ministerpräsident MacDonald; der Gesundheitsminister Arthur Greenwood; der Minister für Landwirtschaft und Fischerei, Dr. Christopher Addison und der Transportminister Herbert Morrison.

Neben einer allgemeinen Uebersicht über die Arbeit und die Probleme der Regierung, insbesondere der Arbeitslosigkeit, wird sich der Parteitag mit der Wohnungsfrage beschäftigen, wobei der Beseitigung der „Slums“, der Ghettosviertel, und der Wohnungsfrage der Landarbeiter besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden wird. Diskutiert sollen auch die wichtigen Maßnahmen auf dem Gebiete der Landwirtschaft werden, die in der kommenden Session zur Behandlung kommen, und die guten Veränderungen die der Straßenverkehr durch das neue Transportgesetz erfahren wird.

Die übliche Parteifundgebung wird im Pier-Pavillon am Abend des 8. Oktober stattfinden. Der Außenminister Arthur Henderson wird den Vorsitz führen; es ist vorgesehen, daß der Innenminister J. R. Clynes, der Minister für öffentliche Arbeiten, George Lans-

burgh, Abgeordnete Mary Hamilton und Abgeordnete Jennie Lee sprechen. Die Änderungen im neuen Statut und in der Geschäftsordnung, die den Parteivorstand betreffen, treten bei den Wahlen des Parteivorstandes für das nächste Jahr in Kraft. Die Zahl der Gewerkschaftsvertreter wird von 18 auf 12 herabgesetzt. Eine neue Kategorie von „Sozialistischen und genossenschaftlichen Organisationen und Berufsorganisationen geistiger Arbeiter“ wird einen Vertreter haben. Die Vorschläge machen die Unabhängige Arbeiterpartei, das politische Komitee der Royal Arsenal Co-operative Society und die Gesellschaft der Fabrier. Die Vertretung der Wahlkreisorganisationen der Arbeiterpartei bleibt unverändert fünf Mitglieder stark. Die Zahl der weiblichen Mitglieder wird von vier auf fünf erhöht.

### Was ist's mit den Elternvereinigungen?

Nach dem Erlaß des Schulministeriums vom Mai 1930 sollen die Elternvereinigungen innerhalb von drei Wochen nach Schulbeginn konstituiert sein. Der letzte Tag wäre somit der 20. September. Die konstituierende Versammlung ist durch die Schulleitung einzuberufen. In einigen Schulen ist die Einberufung erfolgt, in den meisten Fällen hat sich jedoch bisher nichts gerührt und ist die Konstituierung nicht erfolgt.

Unsere Genossen mögen in den Orten und an den Schulen, wo die Konstituierung noch nicht erfolgt ist, die Schulleitung auf den Ministerialerlaß verweisen und darauf dringen, daß die Einberufung der Eltern und die Wahl des Ausschusses erfolgt. Selbstverständlich haben sich die Genossen und Genossinnen zu beteiligen und dem Erlaß Leben zu verleihen.

Die Änderungen im neuen Statut und in der Geschäftsordnung, die den Parteivorstand betreffen, treten bei den Wahlen des Parteivorstandes für das nächste Jahr in Kraft.

Die Zahl der Gewerkschaftsvertreter wird von 18 auf 12 herabgesetzt. Eine neue Kategorie von „Sozialistischen und genossenschaftlichen Organisationen und Berufsorganisationen geistiger Arbeiter“ wird einen Vertreter haben. Die Vorschläge machen die Unabhängige Arbeiterpartei, das politische Komitee der Royal Arsenal Co-operative Society und die Gesellschaft der Fabrier. Die Vertretung der Wahlkreisorganisationen der Arbeiterpartei bleibt unverändert fünf Mitglieder stark. Die Zahl der weiblichen Mitglieder wird von vier auf fünf erhöht.

Der Führer der Parlamentsfraktion der Labour Party wird ex officio Mitglied des Parteivorstandes. MacDonald wird also auf diese Weise weiter Mitglied des Parteivorstandes sein. Angesichts seiner Stellung als Ministerpräsident gibt er jedoch sein Amt als Kassier auf. Für dieses Amt vorgeschlagen wird nur Arthur Henderson, der zugleich Parteisekretär bleiben dürfte. Das eigentliche Resultat der Änderungen ist, daß der Parteivorstand statt wie bisher aus 22 gewählten Mitgliedern und dem Kassier aus 23 gewählten Mitgliedern, dem Kassier und dem parlamentarischen Parteiführer bestehen wird.

Die Tagesordnung umfaßt eine große Anzahl von Fragen und beweist ein lebhaftes Interesse aller angeschlossenen Organisationen für die Parteiarbeit und die Aufgaben und Probleme, die die Arbeiter-Regierung beschäftigen. Ein besonders wichtiger Punkt ist natürlich die Arbeitslosigkeit und die Resolutionen und Abänderungsanträge über diese Frage füllen allein neun Seiten der Tagesordnung. Weitere Fragen, die lebhaft und nützliche Diskussionen erwarten lassen, sind Familienzulagen, Indien, die Abrüstung, Pensionen, Landwirtschaft und Erziehungsproblem.

## Ein offener Brief an den Internationalen Kritikerkongreß.

Das Fachorgan des Bühnenbundes in der Tschechoslowakischen Republik richtet an den in Prag tagenden internationalen Kritikerkongreß folgenden offenen Brief:

Sehr geehrte Herren! Gestatten Sie und im Namen der Bühnenkünstler, die zum großen Teil Gegenstand Ihrer Tätigkeit sind, Ihnen zu sagen, was sie von einem Kritiker zu ihrem Ruhm und Frommen erwarten.

Der Kritiker wird von einer Zeitung ins Theater geschickt, um ihren Lesern über eine Theateraufführung zu berichten, das heißt, über künstlerische Leistungen zu urteilen, sie für gut oder schlecht zu befinden und dies zu begründen. Werk und Darstellung stehen also zur Beurteilung.

Das literarische oder musikalische Werk steht, wenn es aufgeführt wird, nicht an und für sich als solches zur Beurteilung, sondern insofern es Substrat, Grundlage der darstellerischen Leistung des Theaters ist, das heißt, mit einem noch so gebildeten Kritiker oder Musikhistoriker als Theaterkritiker ist niemandem gebietet, denn ein solcher ist noch gar kein Theaterkritiker.

Leider aber kommen viele Theaterkritiker darüber nicht hinaus, das heißt, sie ergeben sich des langen und breiten über das Werk und tun das Wesentlichste, die darstellerische Leistung des Theaters mit ein paar feststehenden, oft nicht begründeten Redewendungen ab.

Was aber sollen und erst die vielen, vielen sogenannten Theaterkritiker, die nicht einmal über diese Bildung verfügen? Wäre es nicht hoch an der Zeit, von dem, einen Theaterkritikerposten Anstrebenden einen entsprechenden Befähigungsnachweis zu verlangen? Darf und soll jeder, der irgend welche Beziehungen zu einer Zeitung hat, das schwer verantwortliche Amt eines Theaterkritikers ausüben? Hier winkt Ihnen eine große Aufgabe!

Theaterkritik ist nicht literarische und nicht musikalische Kritik; die Aufführung der Bühne als solche mit ihren vielen Einzelleistungen und ihrem Verhältnis zur Gesamtdarstellung steht als Hauptfache zur Beurteilung! Darauf müssen wir immer wieder hinweisen, daß die theatralische eine selbständige, eine eigene Kunst ist, die als solche gewertet werden muß, wenn sie sich auch aus verschiedenen Künsten zusammensetzt. Dafür muß der Theaterkritiker Blick und Sinn haben, sonst ist er leimer!

Gewiß hat jeder Kritiker nur nach künstlerischen, das heißt ästhetischen Grundsätzen zu urteilen. Er hat uns, ganz abgesehen von unserer Privatperson, nach seiner Ueberzeugung zu loben oder zu tadeln, zu unterscheiden, was wir gut gemacht und was wir verfehlt haben usw. Er darf aber nie dabei vergessen, daß seine Kritiken, ganz abgesehen davon, daß wir von ihnen irgendwie künstlerisch gefördert werden, das heißt, etwas lernen, für uns auch wirtschaftliche Bedeutung besitzen. Besonders in unserem gegenwärtigen schweren Existenzkampf müssen wir von Kritikern auch soziale Einsicht fordern!

Wir sind weit davon entfernt, aus bloßen wirtschaftlichen Gründen oder aus sozialem Mitleid Schutz für künstlerische Unfähigkeit zu fordern. Uns ist die Kunst das Unerbittlichste, was es gibt. Doch es sind Menschen, schlende Menschen, die sie ausüben, und Menschen sind es doch auch, die sie beurteilen. Oder haben ausgeredeter Theaterkritiker noch nie gefehlt, noch nie geirrt? Hat ihr Urteil immer standgehalten, widersprochen sie einander nicht in gar vielen Fällen? Nach „bestem Wissen und Gewissen“ soll beurteilt wer-

## Regen in der Sahara.

Von Bojtsch Lev.

(Wir veröffentlichen hier ein Kapitel aus einem kürzlich erschienenen Buche des Genossen Lev, Redakteurs unseres tschechischen Wanderblattes „Pravo Lidu“, betitelt: Das Geheimnis der Sahara.“ Die berechnete Uebersetzung besorgte J. Neumann.)

Zaghi rief mich, damit ich schauen konnte. Ich lag hinter dem Brannen im Schatten und säbelte mich mit Palmblättern an, denn es war an diesem Tage ungewöhnlich heiß.

Ich sprang also auf und eilte vor den Kakti, wo bereits die ganze Familie mit Spalen, Hacken und Schaufeln versammelt war.

Bereiteten sie sich auf irgendeine Expedition vor?

„Was ist los? Was geht da vor?“ fragte ich voller Neugierde.

Alle, wie auf ein Kommando — und wie ich merke, alle voller Aufregung — weisen auf den Horizont in westlicher Richtung.

Ich konnte nichts Auffälliges wahrnehmen.

Die Sandsteppe bot den mir bereits bekannten, stets gleichen Anblick, der Horizont war ständig dunkelblau, eine glühende, rötlichfarbene Sonne — wie es in jenen Gegenden üblich ist — brannte herab, stets dasselbe Bild wie schon eine Reihe Tage vorher.

„Ich kann nichts wahrnehmen“, sagte ich.

Zaghi trat dicht an mich heran, als ob er meinen Blick lenken wollte, und die Hand nach vorwärts streckend, wies er voller Eifer auf etwas hin:

„Dort — ganz am Rande des Horizontes — kannst du da nichts wahrnehmen? Nein? Das weißliche Wolkenstreifen über der dunkel erscheinenden Gegend?“

Wahrhaftig — irgendein kleines, unscheinbares, für mich bedeutungslos erscheinendes Wölkchen starrte über der Begrenzung des Horizontes heraus.

„Nun — und was ist dabei? Das ist ein Wölkchen. Schwimmen solcher nicht mehr am Horizont?“

„Oh, nein — sich nur gut hin!“

„Und alle verfolgen aufmerksam mein Mienebild.“

Ich aber bleibe gleichgültig und kann die Aufregung der Familie nicht verstehen.

Plötzlich, um meiner Verlegenheit ein Ende zu bereiten, beginnt mir Zaghi zu erklären.

„Das ist Regen. Sieh nur, wie das Wölkchen sich rasch vergrößert, anwächst und sich dunkel färbt. Die anderen Wölkchen, die du zu sehen gewohnt bist, sind vollkommen weiß, sie vergrößern sich nicht, zerreißen nicht, und deshalb bringen sie auch keinen Regen. Aber diese da — das ist Regen! Es wird regnen! Schon seit vier Monaten kein Tropfen. Auch der Winter war fast regenlos und daher das ganze Jahr als ein überglühendes erwartet. Wenn es nicht während des Winters oder Frühlings regnet, regnet es oft das ganze Jahr hindurch nicht. Das ganze Jahr — und sogar oft das folgende auch nicht! Aber heute wird es regnen! Daher müssen wir uns vorbereiten. Daher unsere Freude, denn wir werden Feuchte für unsere Palmen haben und werden unsere Zisternen in unserer kleinen Dase anfüllen können. Du wirst das Wunder wahrnehmen!“

Wahrhaftig — ich begriff — unter solchen Umständen kann Regen eine Wohltat bedeuten.

Alle starrten auf das Wölkchen — das tatsächlich anwuchs und dunkel wurde, — alle voll Aufregung, und aus ihrem lebhaften Gespräch konnte man die seltene und köstliche Begebenheit, die ein Regen in der Sahara vorstellt, verstehen.

„Und jetzt an die Arbeit!“ rief Zaghi, „der

Regen soll alles vorbereitet vorfinden, nicht ein Tropfen Wasser darf umsonst vom Himmel herabträufeln!“

Alle machten sich an die Arbeit, die Frauen nicht ausgenommen.

Mit den Spalen, Hacken und Schaufeln begannen sie große Gräben um den Garten herum zu graben, den Boden in der Nähe der Palm- und Drangenbäume zu lockern und umzugraben, ja selbst die alte Tamariske, die ein wenig weiter und außerhalb der Dase stand, auch diese wurde ausgerüstet, damit sie genügend von dem herabgefallenen Wasser trinken könne. Es wurden tiefe Zisternen ausgegraben, rasch primitive Dämme aufgestellt, und die Wasserinnen, die von den Zisternen zu den Palmen führten, in Ordnung gebracht und erweitert.

Ich beteiligte mich an dieser eifrigen Arbeit, denn es war offenbar, daß es sich um eine für die ganze Familie außerordentlich wichtige Arbeit handelte.

Inzwischen wuchs das Wölkchen an, rief sich vom Rande des Horizontes los, begann zu steigen und näherzukommen. Es flog mit einer erstaunlichen Geschwindigkeit über den Horizont, wie ein Vogel, dem die Flügel anwachsen. Gleichzeitig begann ein kühlerer Wind zu wehen und das Laub der Palmen über unseren Häuptern zu rauschen.

Endlich war die Arbeit beendet. Die sonstigen Berichtigungen im Sande und den kleinen Steinen gaben nicht mehr viel Mühe.

Wir setzten uns alle auf die Schwelle des Kakti und betrachteten das Theater, das uns die Natur bot.

Wir können sagen, daß es großartig war.

Das Firmament begann kobaltblau zu werden, das Azurblau verschwand und jener Teil des Horizontes, woher die Wolke heran- nahte, war schon schwarz; wie Tinte, allmählich färbte sie sich feuerrot wie der Klang einer

Brandglut. Die Sonne, die zur Hälfte schon hinter den Dünsten verschwunden, wurde ganz rot und ihre Strahlen verloren an sengender Blut.

Es dauerte nicht lange und auch die Sonne war ganz verhüllt, ein merkwürdiges und beinahe schauerliches Grau — wie bei einer Sonnenfinsternis — legte sich über die Fläche nieder. In diesem Augenblicke schrien alle laut auf und sprangen heraus.

Warum?

Am Horizonte wurde ein schmaler weißer Streifen hochgewirbelten Sandstaubes sichtbar. War es der Wind?

Nein — der war ja nicht so stark.

Sofort erklärte ich mir das Rätsel.

Das konnte nichts anderes sein als der Strom des Wassers, der vom geöffneten Himmel herabfloß, der mit seinen Tropfen auf die Sandwüste aufschlug, bis der Staub in die Höhe wirbelte.

Alle schrien gleichzeitig — durcheinander —, schrien und riefen, indem sie auf den sich nähernden weißen Streifen wiesen.

Und einige Augenblicke später:

Regen, Regen, Regen!

In heftigem Gusse strömte er über die Ebene herunter, er füllte rasch alle Gräben und Dämme, das Wasser floß durch die Abzuggräben, wusch die vom Staube ganz grau gefärbten Palmenblätter, färbte unglaublich rasch in den Sandboden ein und bildete dort, wo es die Neigung und Form des Bodens erlaubten, kleine Bäche.

Die ganze Familie jubelte auf — solch ein Ereignis stellt Regen in der Sahara dar!

Aber es war noch mehr notwendig.

Es war notwendig, das geeignete und seltsame Bad auf das ergiebteste auszunützen.

(Schluß folgt.)

### Ein unbersenbares Kriegsschiff?

Paris, 19. September. Wie verlautet, soll die französische Marineverwaltung Versuche mit einer Geheimerrfindung eines nicht bersenbaren Kriegsschiffes anstellen. Es wird erklärt, daß die Versuche mit einem Modell des Kriegsschiffes bisher einen einwandfreien Verlauf genommen haben.

den. Wir müssen auf beidem bestehen: auf Wissen und Gewissen.

Theaterkritiker sind Kunstrichter. Dies heißt nicht nur Kunstverständnis voraus, sondern auch moralische Qualitäten! Unvoreingenommenheit, Unparteilichkeit, Gerechtigkeit, Objektivität, so weit dies uns doch immer subjektiven Menschen eben möglich ist und Einsicht, menschliche Einsicht!

Jedes richterliche Urteil ist appellabel, nur das kunstrichterliche soll es nicht sein dürfen? Obwohl wir uns die besonderen Schwierigkeiten keineswegs verhehlen, sollte es nicht eine Kritik der Kritik geben? Hinter jeder Kritik steht die ganze geschlossene Macht der Presse, die immer das letzte, meistens hörbare Wort hat. Wir sind, jeder einzelne und einzeln wehrlos, jeder Willkür preisgegeben. Wir meinen, eine Kritik, die sich der Erfüllung ihrer Pflichten sicher ist, wird gegen eine Kritik der Kritik nichts einzuwenden haben, nur jene, denen vor ihrer eingebildeten Gottähnlichkeit bange ist.

Wir sehen, sehr geehrte Herren, Ihren Beratungen mit begreiflich gespanntem Interesse entgegen und werden uns erlauben, auf das Ergebnis derselben feinerzeit zurückzukommen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Die Schriftleitung.

Wir haben dem Offenen Schreiben des Organs der Bühnenkünstler, um dessen Nachdruck wir ersucht wurden, nicht nur aus denselben Grunde, den sie an der Spitze ihres Briefes anführen, gerne Raum gegeben, sondern auch deshalb, weil darin Fragen berührt werden, deren Klärung und Lösung für die öffentlich ausübende und gewertete Kunst zweifellos notwendig aber doch sehr nützlich wäre. Leider haben die Künstler bisher nur ganz ausnahmsweise Gelegenheiten wahrgenommen, um sich öffentlich mit Problemen der Kritik, der sie unterliegen, im allgemeinen oder in besonderen Fällen zu befassen.

Es wäre sehr wertvoll, wenn der Internationale Kritikerkongress sich mit den Gegenständen, die in dem Offenen Schreiben berührt werden, beschäftigt, insbesondere mit den Möglichkeiten einer Kritik der Kritik, der öffentlich, also vor allem in der Presse, den Weg zu bahnen meines Erachtens aber Aufgabe sowohl der Kritiker als auch der Künstler selbst wäre. Was jene anlangt, scheint mir in diesem Punkte — alle diese Dinge müßten natürlich gründlich durchdacht und diskutiert werden — folgendes zu gelten: je mehr die nicht allgemein gültige Behauptung des Offenen Briefes, daß „hinter jedem Kritiker die ganze geschlossene Macht der Presse“ stehe, im Einzelfall der Wahrheit nahekommt oder entspricht, desto selbstverständlicher müßte es für den Kritiker sein, daß er auch der Antikritik Gehör zu verschaffen versucht, sofern sich solche öffentlich zum Wort meldet. Und die Antikritiker dürfen sich dabei an die Tatsache halten, daß der Kritiker ja fast ausnahmslos mit dem Namen für sein Wort einstößt. Dadurch befindet er sich, ähnlich wie der Künstler, selber im Lichte der Öffentlichkeit, mit seiner geistigen und mit seiner moralischen Qualifikation, also mit seinem Wissen und Gewissen. Der Kritiker erbringt also fester Tag für Tag seinen Befähigungs-nachweis nach beiden Richtungen. Gewiß wäre es Aufgabe der Kritiker und ihrer Vereinigungen, klar zutage liegende mangelnde kritische Befähigungen in sachlicher oder persönlicher Beziehung als solche zu disqualifizieren. Dasselbe gilt aber auch für die Künstler, die mithelfen müßten, auf dem eigenen Boden Spreu vom Weizen zu sondern.

Wir sind mit dem Verfasser des Offenen Briefes durchaus einer Meinung darin, daß jeden Kritiker und jede Kritik auch soziale Einsicht und Wirtschaftsverständnis mitzubestimmen hat, wenigstens wir meinen, daß, nicht zuletzt gerade im sozialen und wirtschaftlichen Interesse der Kunst und der Künstler, jede Kritik in erster Linie dem Wesen der Kunst zu dienen hat.

Die Ansicht, die der Offene Brief über die befordernden Aufgaben der Theaterkunst und Theaterkritik äußert, scheint uns folgender Ergänzung zu bedürfen: im Anfang war das Wort, an der Spitze der Kritik muß jenes über das Werk stehen, dessen Würdigung unseres Erachtens erste Aufgabe der Kritik auch innerhalb der Theaterkritik ist und bleiben soll. Bei aller Fröhwürdigkeit des Anspruchs der Theaterkritik überhaupt, erheben wir, zumal in einem für die arbeitenden Menschen geschriebenen Blatt, als ihre Berechtigung und ihren Zweck das Aufklärende, Belehrende, Erzieherische und Bildnerische, die Auseinandersetzung mit den geistigen und moralischen Inhalten der Kunst und der Kunstwerke. Hinter dieser Erwägung erst rangiert die Betrachtung und Beurteilung der eigentlichen Theaterkunst, die freilich gerade in unserer Zeit, da die unvergängliche Theaterkunst gegen Schwelgerei und Stiefischweilerei einen kühnen Kampf zu führen genötigt ist, mehr denn je wahrhafte Förderung und also auch ernstere und nach jeder Seite unbeschränktere Kritik bedarf.

Theaterkünstler und Theaterkritiker dienen auf verschiedenen Wegen ein und demselben Zweck: der Kunst. Wo auf diese höhere Gemeinsamkeit beider nicht vergessen wird, wird immer auch aller naturhaft gegensätzliche im Interesse der Kunst überbrückt werden. L. G.

### „Was einen deutschen Sozi in Prag passieren kann“.

Das ist der Titel, unter dem der hakenkreuzlerische „Tag“ in seiner Nummer vom 17. Herbstmond 1930 über die Verhaftung Maders berichtet hat. Dieses Organ, das es jeden Tag in die Welt hinausstreut, wie die Nationalsozialisten das Interesse des Deutschtums wahren, hat also keine anderen Sorgen, als wenn einem Menschen ein Unglück passiert, sich über ihn lustig zu machen, nur weil das Blatt vermutet, daß der Leidtragende ein Sozialdemokrat ist. Um nun die Blamage des Hakenkreuzlerblattes voll zu machen — ist der Mann gar kein Sozialdemokrat, sondern Angehöriger des deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes in Graz, also einer Organisation, die dem „Tag“ nicht ferne steht. Für den „Tag“ ist also nicht maßgebend, was Mader gesagt hat, ob er sich tatsächlich eines schweren Vergehens schuldig gemacht hat oder nicht, sondern er beurteilt die Sache rein nach der Parteizugehörigkeit des Mannes. Daß ihm dabei ein solches Maßverpassen passieren kann, wie in dem Falle, ist eigentlich eine Lebensfähigkeit, Hauptsache bleibt der Unernst und die wüste Demagogie, mit der in diesem Blatte alle Zeitereignisse behandelt werden.

### Der Leidensweg der Flachsarbeiter.

#### Die ostböhmisches Flachsbarene sehen den ausgemergelten Flachsspinnereiarbeitern den Stiefel auf den Nacken.

Die Flachsspinnereiarbeiter in der Republik haben seit dem Kriege ein unbeschreibliches Elend durchmachen müssen. Schon in den letzten Kriegsjahren arbeitete die Flachindustrie nur drei Tage in der Woche und bei der ungeheuren Teuerung 1918/19 verdienten die Flachsspinnereiarbeiter K 12.— bis 15.— pro Woche. Damals kostete das Kilogramm Butter K 50.—.

#### den letzten Rest der Teuerungsaushilfe abzubauen.

Ein Stundenlohn bestand noch als Teuerungsaushilfe pro Woche und diesen einen Stundenlohn haben die Flachindustriellen nunmehr abgebaut resp. wird derselbe ab 1. Oktober 1930 nicht mehr zur Auszahlung gebracht. Es ist lächerlich, wenn sich eine Industrie bei diesen an sich schon erschreckend niedrigen Löhnen, damit retten will, daß sie diese Teuerungsaushilfe, die einen Stundenlohn von sage und schreibe: zwei Kronen ausmacht, den Arbeitern wegnimmt. Wo bleiben da die deutschen Volksgenossen Unternehmer? Rücksichtslos und brutal wird den Arbeitern, weil sie in der gegenwärtigen Krise die Schwächeren sind, der Stiefel auf den Nacken gesetzt; sie können zugrundegehen, wenn nur die Flachindustriellen ihre reaktionären Pläne durchführen können. Wie im Jahre 1920, als damals die Flachindustriellen ihre Arbeiter mit Schweinsbohnen füttern wollten, machen sie es heute noch. Sie erklären, daß eine Bewegung ins Leben gerufen werden soll, damit die Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel herabgedrückt werden können. Sollten jedoch die Geschäftsleute die Preise nicht herabsetzen, so wollen die Herren Flachindustriellen Kartoffeln — und vielleicht auch Schweinsbohnen? — für die Textilarbeiter ankaufen, weil sie wahrscheinlich diese Arbeiterschaft doch noch brauchen und nicht ganz verhungern lassen können.

#### Die größte und führende Firma in der Flachindustrie Ostböhmens wird liquidiert.

Ueber 1200 Arbeiter werden durch diesen Stillstand in Mitleidenschaft gezogen. Dabei ist der Direktor dieser Firma durchaus nicht verarmt, denn man schätzt ihn auf Tugende Millionen, die er sein Eigen nennt, wogegen die Firma finanziell ruiniert ist. Vor Jahren hörte der Artikelschreiber einmal folgenden Ausspruch: „Ist der Direktor tüchtig und ehrlich, dann wird die Firma reich; ist das umgekehrte der Fall, dann wird der Direktor reich und die Firma geht in Liquidation.“

Vielleicht wäre es noch nicht zum Stillstand gekommen, wenn der Einfluß dieses Direktors bei der finanzierenden Bank nicht als Verwaltungsrat tätig gewesen wäre. Als derselbe infolge Differenzen von der Firma entlassen wurde, dürfte er seinen Einfluß als Verwaltungsrat geltend gemacht haben, so daß die Kredite für die Firma vollständig verfristet waren. Infolge dieses Umstandes wird die größte Firma nicht mehr arbeiten und es ist auch gar keine Aussicht, daß irgendeine andere Industrie sich in diesem Gebiete etablieren könnte oder wird.

#### Der Fluch tausender Textilarbeiter lastet auf diesen Maschinen der Flachindustriellen.

Wenn dann letzten Endes die Arbeiter in Verzweiflung getrieben werden und sich aufbäumen, ruft man noch nach Schutz und versucht sie dann, zwar nicht mit Schweinsbohnen, sondern mit „blauen“ Bohnen niederzubalzen. Jeder Mensch, der dieses Elend sieht, der sieht, mit welcher Brutalität in diesem Gebiete die Arbeiter behandelt werden, muß zu der Erkenntnis kommen, daß diese Wirtschaftsordnung beseitigt werden muß, wenn nicht die Arbeiterschaft verflucht werden soll und zugrundegehen muß. Nur durch die Beseitigung dieser Wirtschaftsordnung wird es möglich sein, die Drohen zu beseitigen und für die Allgemeinheit annehmbare Existenzbedingungen zu schaffen.

#### Dieser Vorstoß der ostböhmisches Textilindustriellen zeitigt schon seine Auswirkungen, denn auch die Flachindustriellen des übrigen gesamten Staatsgebietes nehmen den Flachsarbeitern automatisch die letzte Teuerungsaus-

hilfe weg. Was oben über die ostböhmisches Flachindustriellen gesagt wurde, gilt auch vollinhaltlich für die übrigen Flachindustriellen der Republik.

#### Gegenwärtig sind in Ostböhmen von den bestehenden 22 Flachspinnereien 12 Betriebe vollständig stillgelegt und werden nie mehr wieder eröffnet werden.

Auch in Mähren und Schlesien wurden Flachspinnereien stillgelegt. Das kartell bezahlte ungeheure Summen als jährlichen Abfertigungsbeitrag an die jeweiligen Unternehmer, welche ihre Betriebe liquidiert hatten. Die Löhne der Flachspinnereiarbeiter sind erschreckend niedrig. K 80.—, 90.— bis 100.— ist der häufigste Wochenverdienst in dieser Industrie; allerdings kommen hier nur Vollarbeiter in Betracht, während Jugendliche mit weniger Lohn nach Hause gehen müssen. Dazu kommt noch, daß jedes Jahr drei Monate und länger dauernde Betriebsstillstände Platzgreifen. Infolge ihrer schon viele Jahre anhaltenden entsetzlichen Notlage ist die Flachsarbeiterchaft derart abgehängt und unternährt, daß es auf den Fremden, der sie nicht alle Tage sieht, einen erschreckenden Eindruck macht. Die Textilarbeiter nehmen aber auf diese verzweifelte Lage ihrer



**Hannerle will helfen.**

Mutter hat Wäsche und Hannerle will ihr helfen; aber Mutter lacht: „Ich brauche gar keine Hilfe, ich habe ja selbst nichts zu tun. Ich nehme Radion und Radion wäscht allein“. Worauf Hannerle und Mutter gemeinsam die schönen Radion-Märchen lesen.

**RADION WÄSCHT ALLEIN SCHONT DIE WÄSCHE**

### Rachspiel zum Zuka-Prozess.

Vor dem Preßburger Kreisgericht begann gestern der Prozess gegen den 40jährigen Ingenieur Karl Stöger wegen angeblichen Militärverrats. Er soll als Kurier Lukas fungiert und militärische Geheimnisse ausgepäht haben, um sie einer fremden Macht zu verraten, zu welchem Zwecke er auch mit zwei Spionagebüros in Wien und mit ungarischen Offizieren in Verbindung getreten sein soll. 1923 soll er im Auftrag Lukas die bekannte Wohnung in Wien, Koltschgasse 30, gemietet haben, die als Konspirationsbüro diente. Nach seiner Verhaftung im August des Vorjahres legte er ein teilweise Bestandsbuch ab, das er während der Hauptverhandlung gegen Zuka widerrief. Die Anklage wirft ihm die Absicht vor, eine militärische Sabotageaktion mit dem Endziel der Abtrennung der Slowakei von der Tschechoslowakischen Republik und ihre Angliederung an Ungarn durchzuführen.

Vor Gericht erklärte sich Stöger gestern nicht schuldig.

### Zur Binderung der Arbeitslosigkeit.

Der Inspektor der Bezirksämter für Arbeitsvermittlung in Reichenberg schreibt uns: Anlässlich der Bepfischung der Arbeitslosigkeit in der von der Bezirksbehörde einberufenen Versammlung in Reichenberg am 16. September 1930 und bereits auch bei anderen Gelegenheiten mühen wir hören, daß die gegenwärtige amtliche Statistik der Arbeitslosen nicht alle Arbeitslosen erfasst, was natürlich auch von der öffentlichen Arbeitsvermittlung besonders in manchen Bezirken zugegeben wird und in unseren Berichten in der letzten Zeit auch durch die schätzungsweise Angabe der Anzahl der nicht gemeldeten Arbeitslosen zum Teil berichtigt werden soll. Auf Grund dieser Daten kann jedoch an kompetenten Stellen dann nicht derart entschieden werden, wie dies auf Grund einer genauen Evidenz aller Arbeitslosen möglich und im Interesse der Sache wünschenswert wäre. Wir haben jedoch derzeit weder die Pflichtmeldung von Arbeits- und Dienststellen, noch eine solche von Gewerbern und liegt es auch nicht in unserer Macht, eine solche Förderung durchzuführen. Wir müssen daher nur wiederholen (wie dies bei den Monatsberichten regelmäßig geschieht) nur die Arbeitgeber erfunden, alle Stellen — auch kurzfristige Arbeiten — anzumelden; dadurch kann allerdings keine neue Arbeitsvermittlung geschaffen werden, aber den Arbeitslosen kann doch wenigstens das Suchen der Arbeit ziemlich erleichtert werden. In der Versammlung wurde auch erklärt, daß die letzte Bemessung des Betrages für die Ernährungslösung auf Grund der statistischen Daten erfolgte, wobei im Grundländer Bezirk mehr Arbeitslose ausgewiesen wurden als in dem Reichenberger mit der Stadt Reichenberg. Daraus ist ersichtlich, daß es nicht nur im Interesse aller Arbeitslosen wäre, sich bei der nächsten öffentlichen Arbeits- und Dienstvermittlungsanstalt zu melden, sondern daß auch die Gewerkschaften und die Gemeinden bestrebt sein sollten, alle Arbeitslosen dazu zu bewegen.

Auf Grund der gegenwärtig geltenden Bestimmungen (Ges. Nr. 267 a 1921, 74/1930 und Reg.-Verordnung Nr. 79/1930 S. d. G. u. S.) können für die Binderung der Folgen der Arbeitslosigkeit folgende Maßnahmen in Betracht:

Die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung mit dem Staatsbeitrage für die Dauer von 26 Wochen während des Jahres, die außerordentliche gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung mit dem Staatsbeitrage für Gebiete, in denen die Arbeitslosigkeit als außerordentlich erklärt wird, die produktive Arbeitslosenfürsorge, bei welcher den öffentlichen Bauherren auf Grund der vorzulegenden Gesuche ein staatlicher Beitrag gewährt wird und die staatliche Ernährungslösung, die provisorisch für die Monate August und September eingeführt wurde und für die weiteren Monate auf Grund der in diesen Monaten gesammelten Erfahrungen besser ausgebaut werden soll. Die drei letztgenannten Maßnahmen sind außerordentliche Maßnahmen und ist bei denselben eine tüchtige genaue Statistik der Arbeitslosigkeit unbedingt notwendig. Die Anmeldung der Arbeitslosen bei den öffentlichen allgemeinen unentgeltlichen Arbeitsvermittlung ist daher vorteilhaft nicht nur für die Arbeitslosen, sondern auch für die Gewerkschaften, Gemeinden und Bezirke. Die genaue Evidenz der Arbeitslosen ist auch für die eventuellen Ergänzungen, bzw. Änderungen des bisherigen Unterstützungssystems von großer Bedeutung.

# Tagesneuigkeiten.

## Die „Neue Morgenpost“ und ihre Originalberichte.

Ein festgestelltes Plagiat.

Wie wir erst kürzlich in einer Polemik gegen eine Notiz der „Neuen Morgenpost“ hingewiesen haben, ist mit Rücksicht darauf, daß in diesem Blatte erschienene signierte Nachrichten unter Berufung auf das tschechoslowakische Autorenrecht wiederzugeben nicht möglich ist, das Präherzeugnis des Mercy-Kongressus gewissermaßen davor geschützt, daß manche zur Kritik herausfordernde Berichte zu ihrer Kennzeichnung von anderen Zeitungen nicht zum Abdruck gebracht werden können. Inwiefern aber die Moral der Berichterstatter der „Neuen Morgenpost“, die ihre oft sonderbaren Geistesprodukte durch das Autorenrecht schützen lassen, selbst beschaffen ist, das sei an folgender Frechheit des Tetschner Korrespondenten aufgezeigt: Unser „Nordböhmische Volksbote“ brachte in seiner Ausgabe vom 16. ds. unter dem Titel „Wie es gemacht wird“ eine längere Lokalnachrichte, in der das Verhalten des Ministeriums für öffentliche Arbeiten beim Bause eines Wohnhauses für Postangestellte wegen der verschiedenen den Staat direkt schädigenden Entschlüsse kritisiert wird. In unserem größten Erstaunen konnten wir in der „Neuen Morgenpost“ vom 18. September, also zwei Tage später, wohl unter geänderter Titel und mit dem vorangestellten Vermerk: Aus Tetschen wird uns berichtet sowie dem am Schlusse angebrachten Signum (—th.) wortwörtlich und nur mit Weglassung von sechs Zeilen im vorletzten Absatz die Notiz des „Nordböhmischen Volksboten“ als „Original“-Bericht lesen. Wir geben der Öffentlichkeit von diesem wenig ehrenvollen Vorgehen dieses Berichterstatters Kenntnis, um damit besonders jenen Arbeitern, die noch Bezahler und Leser eifert mit derartigen Mitteln arbeitenden kapitalistischen Presse sind, wieder einmal den Schwinkel zu offenbaren, der mit solchen gelegentlich erscheinenden Berichten, die bloß vorläufigen sollen, als ob man wirklich im Arbeiterinteresse gelegene soziale und wirtschaftliche Belange vertreten möchte, getrieben wird. Tut man es also hauptsächlich nur des Abonnentenfanges wegen, so scheint man aber obendrein auch vor Methoden nicht zurück, die nicht anders als ein Diebstahl an einem sozialdemokratischen Blatte angesehen werden können!

## Silberhochzeit auf Schloß Schicht in Auffig

und vor Serbilität ererbende Schmöde.

Der Präsident der Großfirma Schicht A. G. und Dr. C. c. Heinrich Schicht feierte am letzten Dienstag das Fest der silbernen Hochzeit. Daß es hierbei nicht so armüßig zugeht, wie in einer Arbeiterfamilie, läßt sich denken. Man kann auch den Präsidenten eines der größten Industrieunternehmen, Vorsitzenden des Industriellenverbandes, vielfachen Verwaltungsrates, Direktors, Aktionärs, Millionärs etc., etc. nicht mit einem Magazinarbeiter, seine Frau Gemahlin nicht mit einer Seifenlocherin oder Stenotypistin der Schicht A. G. vergleichen, weil das ein Verbrechen gegen die dreimal geheiligte Ordnung wäre, in der es eben der liebe Gott so eingerichtet hat, daß die einen im Dreck, die anderen im Ueberfluß erstrahlen müssen. Also liegen sich der Herr Präsident und seine Frau Gemahlin die Feierlichkeiten der Silberhochzeit in ihrem, mit allem Luxus ausgestatteten Schloß bei Auffig arrangieren. Natürlich war das gewöhnliche Volk hocherfreut, daß der schicksalsbegnadete Herr über Bankleihen, Wertpapiere, Haus- und Grundbesitz sowie einige tausend Arbeitsmenschen, vor 25 Jahren geheiratet hat. Ja, nach den Mitteilungen der aufstrebenden bürgerlichen Presse zu schließen, wälzten sich die Kriegswereiner, gebienten Soldaten, Feuerwehrleute, Säger und die größtenteils halentkretzerisch orientierten Beamten und Angestellten der Firma Schicht, vor Wollust und Vergnügen, denn sie durften mit Musik und Feiern zum Schloß marschieren und wurden dort bewirtet. Die Kosten für die belegten Brötchen und das Bier werden ihnen nicht einmal vom Lohn abgezogen, weil dieselben bereits mit den sauer verdienten Kronen aus der Privatschatulle des Silberpapars gedeckt wurden. Besonders arg trieb es der Auffiger Ableger des Wolfkongressus. Das Blatt meldete einen Verwandten- und Freundeskreis von „mehreren tausend Personen“ an, — welcher „Hörschler am Telephon“ später auf 300 reduziert wurde —, stellte einen Festakt in Aussicht, „entsprechend der traditionellen Kunstpflege der Familie „Schicht“ und sein Redakteur, der „seinen abendmahlerfüllten Bauch bereits in eine Sophocle gedrückt hatte, fuhr erschreckt hoch“, als mit Tsching und Wumm die bedafelten Gratulanten über die Elbbrücke trabten und der Schredenstein im bengalischen Feuer, rot, gelb und grün, erglühete. Dann wartet er sich auf das wichtigste Requisite eines Herrentiers und schrieb eine spaltenlange Verherrlichung des „großen Ereignisses“, welches um das Schloß Wannow Freude und Achtung veränderte“, „die Autos mit Blumenpenden durch die Stadt sausen“ und im Schloß „ein Rosenmeer erstehen ließ“. Voller zum Strachen und Raketen zum Steigen brachte. Welche Freude für die vielen Menschen in Auffig, Schredenstein und Wannow, die ihren Hunger und den ihrer Kinder nicht einmal mit Brot stillen können, daß solch großer Aufwand geschah! Wäre die Zeit eine andere und der

# Adolf Maher freigesprochen.

## Das Ministerium für Nationalverteidigung hatte nicht das Recht, eine Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung zu geben.

Gestern fand vor dem Prager Kreisgericht unter Vorsitz des Vizepräsidenten Bouček die Verhandlung über die Berufung Adolf Mahers aus Graz statt, der am Montag wegen Armeebeleidigung in erster Instanz zu einem Monate strengen Arrests verurteilt worden war. Das Berufungsgericht hat nun den Angeklagten freigesprochen. Was dazu zu sagen ist, finden unsere Leser an leitender Stelle.

In der Verhandlung selbst erstattete der Botant Oberlandesgerichtsrat Svoboda das Referat und verlas die Prozessakten.

Darauf ergriff der Verteidiger Genosse Dr. Egon Schwell das Wort und verwies zunächst darauf, daß der Prozeß ganz zu Unrecht auf das politische Gebiet hinübergespielt wurde. Es ist eine alte politische Erfahrung, daß der Nationalismus auf der einen Seite den Nationalismus auf der anderen Seite hervorruft. Man sieht das gerade jetzt deutlich an dem Sieg nationalisistischer Richtungen bei den letzten deutschen Reichstagswahlen, der sofort ein nationales Echo im Ausland gefunden hat. Die Atmosphäre bei der ersten Verhandlung erinnerte auch eher an eine politische Debatte als an eine Gerichtsverhandlung und aus dieser Atmosphäre sei auch das Urteil in erster Instanz hervorgegangen.

Genosse Dr. Schwell weist auch darauf hin, unter welchem Druck die tschechische Öffentlichkeit gebracht wurde. So hat ein großes tschechisches Blatt geschrieben, daß der Angeklagte den inkriminierten Ausgrub getan habe, nachdem er aus dem Fenster des stehenden Zuges Soldaten des tschechoslowakischen 28. Infanterieregimentes habe manövriert gesehen, und zwar sei dies zwischen ein und zwei Uhr zwischen Subweiss und Labor gewesen. In Wirklichkeit habe aber das 28. Infanterieregiment an diesem Tage in dieser Gegend überhaupt keine Manöver abgehalten.

Genosse Dr. Schwell wendet sich dann der juristischen Kritik des erstinstanzlichen Urteils zu. Er betont nachdrücklich, daß das

Herr Präsident ein gekrönter Potentat, würde das Wolfblatt mindestens die Allerhöchste Anerkennung, viellecht sogar eine hochherzige Spende bekommen; so aber werden die Baucharakter wahrscheinlich leer ausgehen.

## Das tägliche Flugunglück.

Berlin, 19. September. Heute nachmittag stürzte im Flughafen Berlin kurz nach dem Start der Schulflugzeugdoppeldecker „D 1760“, Typ Udet Flamingo, von der Deutschen Verkehrsflugschule aus etwa 100 Meter Höhe aus noch ungeklärter Ursache ab. Das Flugzeug ging zu Bruch. Der Pilot Gerhard Kurz, der das auf einem Übungsflug Braunschweig-Berlin-Braunschweig befindliche Flugzeug führte, wurde mit einer schweren Kopfverletzung in das St. Joseph-Krankenhaus gebracht. Sein Begleiter Cand. Ing. Koebel von der Technischen Hochschule München, der vor ihm saß, war sofort tot.

## Berunglückte Reiter.

Königshofen (im Grabfeld) 19. September. Wie erst jetzt bekannt wird, stürzten bei Alleben in der Nacht zum Dienstag zwei Reiter in einen Steinbruch und erlitten dabei tödliche Verletzungen. Ferner hat ein störrisches Pferd, das die Brücke bei Merkershausen nicht passieren wollte, einen Offizier abgeworfen, der dadurch tödlich verletzt wurde.

## Sowjet am Nil.

Englische Blätter bringen eine merkwürdige Meldung. In Kairo soll es der politischen Polizei gelungen sein, einen Mann festzunehmen, der von Moskau beauftragt war, die Spionage- und Propagandaorganisationen der Russen für ganz Ägypten auszukümbeln. Angeblich soll dieser geheimnisvolle Agent über sehr erhebliche Geldmittel verfügen, die ihm Sowjetrußland zur Verfügung gestellt habe. Seine Aufgabe sei nicht nur gewesen, mit den Führern der ägyptischen Oppositionsparteien Fühlung zu nehmen, sondern auch Regierungsbeamte zu bestechen, um internes Material über die Pläne der Regierung zu erhalten. In den Koffern des Verhafteten soll man auch Geheimmaterial gefunden haben, an dessen Entzifferung zurzeit noch gearbeitet wird. Der Verhaftete ist angeblich ein Deutscher, und zwar ein gewisser Paul Dietrich aus Berlin.

Dietrich, der, so teilen die englischen Blätter mit, ständig zwischen Moskau und Berlin hin und herpendete, war erst kürzlich in Moskau, wo ihm die Direktiven für seine weitere Arbeit gegeben wurden. Als er nach Berlin zurückkehrte, wurden englische Geheimagenten auf ihn aufmerksam. Von da an war er in ständiger Bewachung, die auch nicht unterbrochen wurde, als sich der nunmehr Verhaftete vor etwa drei Wochen nach Ägypten einschiffte. In Kairo angekommen, nahm Dietrich gleich die Verbindung mit verschiedenen Persönlichkeiten auf, die ihm zur Förderung seiner Ziele genehm schienen und begann, seine Organisationen aufzubauen. Die Polizei, über alle Schritte Dietrichs genauestens unterrichtet, griff erst zu, als

ganze Gespräch zwischen dem Angeklagten und der Pflegerin Kleinhampl sich nur auf das ehemalige I. u. I. 28. Infanterieregiment habe beziehen können. Der Verteidiger bespricht in eingehender kritischer Weise die Aussagen der Belastungszeugen und weist auf die Widersprüche in denselben hin. Das Urteil in erster Instanz ist ein solches, wie es mit einer derartigen Strenge noch von keinem tschechoslowakischen Gericht in einem analogen Fall gefällt wurde.

Nach der Rede des Verteidigers zieht sich das Gericht zu einer kurzen Beratung zurück, worauf der Vorsitzende den Freispruch verkündet. In der Urteilsbegründung wird gesagt, daß das Gericht sich den Aussprüchen der Belastungszeugen anschließt, wonach die behauptete Aussage tatsächlich erfolgte. Die vom Angeklagten getane Äußerung involviert aber den Tatbestand einer Uebertretung, die von der Staatsanwaltschaft nicht selbständig verfolgt werden kann; sie bedarf hiezu der Zustimmung des Ministeriums für nationale Verteidigung, aber nur in dem Falle, wenn es sich um eine Beleidigung der tschechoslowakischen Armee handelt. Das Berufungsgericht stimmt mit der Verteidigung vollkommen darüber überein, daß das Gespräch sich auf das ehemalige österreichische Infanterieregiment bezogen habe.

Ermöglicht man, daß der Angeklagte ein Ausländer ist, dem es nicht bekannt sein konnte, daß auch in der tschechoslowakischen Armee ein 28. Infanterieregiment bestehe, ist es sicher, daß der Angeklagte nur die ehemalige I. u. I. österreichische Armee im Sinne hatte. Es hatte also in diesem Falle das Ministerium für Nationalverteidigung nicht das Recht, eine Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung zu geben. Zu einer Anklage hätten höchstens jene einzelnen damaligen Angehörigen des I. u. I. 28. Infanterieregiments das Recht, die damals zum Feinde übergegangen sind.

Der Angeklagte wurde sofort enthaftet und ist gestern nach Oesterreich abgereist.

Man nahm aber nicht nur Paul Dietrich fest, sondern auch zwei andere Personen, deren Nationalität allerdings noch nicht feststeht. Es wird jedoch von den Blättern behauptet, daß die drei anderen festgenommenen ebenfalls Deutsche, oder wenigstens naturisierte Russen, seien.

Einer der Festgenommenen war vor etwa vierzehn Tagen nach Palästina gefahren, um dort den Grundstock zu einer illegalen Organisation zu legen. Hierbei wurde festgestellt, daß Propagandaflugblätter der Kommunisten sowie vertrauliche Informationen über die eventuelle Möglichkeit einer illegalen Bewaffnung der arabischen Arbeiter ausgegeben worden waren. Anweisung diese nach Zensur rickenden Mitteilungen der englischen Blätter stimmen, bleibe dahin gestellt. Tatsache ist allerdings, daß den Sowjetleuten an einer Verschärfung des jüdisch-arabischen Konflikts viel gelegen ist und daß sie feinerzeit alles getan haben, um die von ihren reaktionären Führern zu Pogromen verleiteten arabischen Landarbeiter zu weiteren Aufständen zu veranlassen. Erinnert sei nur an die widerwärtige Bluttat in Palästina, die feinerzeit die deutschen Kommunisten veranstalteten, bei der in zahllosen Versammlungen der berüchtigte Heinz Neumann, der „Arbeiterführer von China“, die „erbarungslose Ausrottung der jüdisch-palästinensischen Bourgeoisie“ gefordert hatte.

Recht amüsant ist, daß der angebliche Paul Dietrich auch den Auftrag hatte, Scharen geeigneter Kgypter nach Rußland zu überführen, wo sie dann in russischer „Propagandatur“ systematisch unterrichtet werden sollten. Diese „Sowjetkurse“ sollen so sehr besucht gewesen sein, daß man in Moskau einen ganzen Häuserkomplex für die Arbeiten dieser ägyptisch-kommunistischen „Hochschule für Politik“ zur Verfügung stellte.

Und wer mag der angebliche Dietrich sein? Handelt es sich um den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Paul Reinhold Dietrich, der früher Mitglied der Hamburger Bürgerschaft war und im letzten Reichstag den Wahlkreis Thüringen vertreten hatte?

Jedenfalls kann man über die weitere Entwicklung dieser interessanten politischen Kriminalaffäre sehr gespannt sein.

Wenn schon nicht tschechisch, so mindestens französisch! Dieser Tage kam eine Wienerin auf der Durchreise durch Prag in die Böhmisches Landesbank und fragte bei einem Schalter: „Bitte, wo kann ich hundert Franks wechseln?“ Darauf der Mann hinter dem Schalter: „Au m'ero quinze“. Er hätte natürlich auch „Nummer fünfzehn“ sagen können, denn die Schalterbeamten der großen Prager Banken sprechen selbstverständlich durchwegs auch deutsch und in dieser Sprache kann man sich mit jemandem, der deutsch fragt, ja gemeinlich gut verständigen. Aber solcher Einfachheit ist halt eine gewisse „Mentalität“ nur schwer zugänglich. Wenn man schon einen Deutschsprechenden vor sich hat, bei dem man die Kenntnis des Tschechischen nicht voraussetzen darf, so sucht man eben den patriotischen Notausgang im Französischen, das noch dazu den Vorteil bietet, die Bildung dessen, der es spricht, zu verraten.

Gebete für Kaiser Karl. Vor dem Buzamer Kreisgericht hatten sich der Kapuziner Pater Karl Otto, der Privatbeamte Felix Christian und der pensionierte Steuer-Oberverwalter Machath wegen monarchistischer Propaganda zu verantworten. Die gesamte Verhandlung wurde geheim durchgeführt. Die Anklage beschuldigt die drei Angeklagten, daß sie einer geheimen monarchistischen Organisation beigetreten seien, um die Selbständigkeit, die verfassungsmäßige Einheit und die demokratisch-republikanische Form des Staates zu untergraben. Pater Otto wurde gelegentlich einer Präzision angehalten. Man fand bei ihm monarchistische Flugblätter aus Oesterreich, Bilder des Kaisers Karl sowie eine umfangreiche Korrespondenz, die auf die Verbindung mit österreichischen Monarchisten hinwies. Wie die Anklageschrift erklärt, hat Pater Otto einige Persönlichkeiten aufgefordert, der Gebetsliga in Wien beizutreten, die durch Gebete für die Seligsprechung Kaiser Karls zu wirken suchte. Die Gebetsliga verfolge unter dem Scheine eines Gebetsvereines den Zweck, die demokratisch-republikanische Regierungsform der Tschechoslowakei zu untergraben. Pater Otto und Christian wurden zu je sechs Monaten strengen Arrestes verurteilt, Machath wurde freigesprochen.

Zur Fliegerkatastrophe in Böblingen. Bei dem Versuch des Fliegers Schindler, von einem Flugzeug ins andere umzusteigen, der einen so tragischen Ausgang nahm, war auch ein Flugzeug mit einem Filmoperatentur an Bord aufgestiegen, der das Kunststück Fritz Schindlers kinematographisch aufnehmen sollte. Hierbei sind auch die Unglücksvorgänge, die dem Versuch Schindlers folgten, mit auf den Film gekommen. Über die Verwendung dieses Films, der vielleicht wichtige Aufschlüsse geben kann, ist noch nichts bekannt, da die Flugpolizei diese Aufnahmen einstweilen beschlagnahmt hat.

Eisenbahnertod. Donnerstag nachts kam der 24jährige Eisenbahnangestellte Jaroslav Pokorny aus Chlumec beim Verschieben am Rumburger Bahnhof zwischen die Puffer zweier Lastwagen. Pokorny erlitt Armbrüche sowie Brustquetschungen und wurde in hoffnungslosem Zustande ins Rumburger Krankenhaus eingeliefert und starb noch im Laufe der Nacht.

Autofatastrophe. Auf der Chaussee Harburg-Cuxhaven stieß ein mit vier Personen besetztes Auto gegen einen Baum und überfuhr sich. Zwei Personen wurden getötet, der Chauffeur schwer verletzt.

Tödlicher Unfall auf der Straße. Bei dem Verzuge, das Straßenbahngeleise zu überqueren, geriet gestern vormittags in Prag-Karolinenthal Frau Ottilie Lebenhart unter die Räder eines Motorwagens der Straßenbahn. Sie wurde in schwer verletztem Zustand auf die Klinik Nizafel gebracht, wo man feststellte, daß sie einen Schädelbruch und andere Kopfverletzungen erlitten hat. Die Verletzungen sind tödlich.

Übernahme eines Teiles von Herrnskreischen durch den Staat. Der bekannte Anstandsort an der tschechoslowakisch-sächsischen Grenze, Herrnskreischen, der mit Umgebung zum Großgrundbesitz Bindorf des Dr. Clary-Aldringen gehört, wird zufolge der Bodenreform teilweise in staatlichen Besitz übergehen. Am 1. Oktober übernimmt das Landwirtschaftsministerium vom genannten Objekt 2000 Hektar Waldboden, ferner die Aufsichtswarte Prebischtor samt der Gastwirtschaft und das Hotel Herrenhaus beim Dafen von Herrnskreischen sowie das ehemalige Schloß in Bindorf, wo die neue Forstverwaltung untergebracht sein wird. Die bekannten Stege Wildklamm und Edmundsklamm sowie Reinwiese mit dem dortigen Hotel verbleiben im Besitz des Dr. Clary-Aldringen, der auch zum Besuch dieser Stege ein Eintrittsgeld einheben kann.

Dammbruch verheert Feldfluren. Aus Petschan wird uns berichtet: Als dieser Tage der sogenannte Blahateich bei Deutsch-Killnes zum Zwecke des Absickerns abgelassen werden sollte, zeigte sich, daß die Abläufe des mehr als fünf Hektar Bodensfläche bedeckenden Gewässers verschlammte und verstopfte waren. Als die Vermählungen, die Verstopfungen zu beheben, erfolglos blieben, wurde der Damm des Teiches an einer tiefen Stelle durchstochen, damit hier das Wasser auslaufen könnte. Der gewaltige Druck der Wassermassen verbreiterte indessen in wenigen Augenblicken die künstlich geschaffene Lücke im Damm auf mehr als sechs Meter und so wälzte sich im Nu eine verheerende Flut auf die an den Teich angrenzenden Felder und Wiesen. Die Gewalt des dahinströmenden Wassers war so stark, daß Bäume entwurzelt und Felstrümmer weit in die Fluren hineingetragen wurden. An zwei in der Nähe befindlichen kleineren Teichen zerstörten die anstürmenden Wassermengen ebenfalls die Dämme, so daß die zerstörende Gewalt des nassen Elementes noch erheblich zunahm, die Grasnarbe der Wiesen aufriß und meterlange Erbspalten auslöste. Die Verwüstung der Fluren geht über fünf Kilometer. Da mit den abfließenden Wassermengen der Großteil des im Teich befindlichen gewässerten Fischbestandes mit fortgerissen worden ist, dürfte der durch den Dammbruch entstandene Schaden in die Hunderttausende gehen.

**Gewürfelt und trotzdem eingestiegen.** Zwei junge Pariser Gelegenheitsarbeiter überfielen eine Schauspielerin in der Absicht, sie zu berauben. Trotzdem die beiden jungen Männer aus abergläubischer Furcht das Schicksal vorher durch Würfel befragt hatten, ob ihre Tat glücke oder nicht — die Frage wurde bejahend beantwortet —, hatten sie großes Pech: das Opfer setzte sich energisch zur Wehr, so daß die beiden Über-Gläubigen ergriffen und verhaftet werden konnten.

**Neues Niesenwasserflugzeug.** In Southampton wird demnächst mit dem Bau eines Niesenwasserflugzeuges begonnen werden, das Kajüten für 40 und Betten für 20 Fahrgäste erhalten soll. Die Flügelweite ist mit 50 Meter vorgesehen, die Rumpflänge mit 30 Meter, die Höhe mit 6 Meter und das Ladegewicht mit über 34 Tonnen. Sollten die Probeflüge des sechsmotorigen Eindeckers zur Zufriedenheit ausfallen, so wird die Maschine in den Orient oder Transoceanien gestellt werden.

**Die Verteilung des Ost-Nachlasses.** In Wien wurde der Nachlaß Maria Orskas versteigert. Der Gesamtverlös beläuft sich auf über 50.000 Schilling. Für das aus dem Besitz der Kaiserin Marie Antoinette stammende Bett wurden 3400 Schilling gezahlt, außerdem 1250 Schilling für eine dazugehörige Spitzendecke. Ein wilder Kampf, an dem sich vor allen Dingen Amerikanerinnen beteiligten, entspann sich um die Garderobe der verstorbenen Kaiserin.

**120.000 Mark veruntreut.** Im Hemmerden (Kreis Grodenbroich) wurde auf Anordnung der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Münden-Glabbech der frühere Gemeindevorsteher Theodor Knauß festgenommen. Der beschuldigt wird, Wechsel gefälscht und 120.000 Mark veruntreut zu haben, die er im Auftrag weißdeutscher Bierbrauereien eingekassiert hatte. Die Verhöre waren bereits im vergangenen Jahre beendet, aber nicht zur Anzeige gebracht worden, weil man Knauß die Möglichkeit geben wollte, den Schwand zu reparieren. Statt dessen hat der nunmehr festgenommene seine Unterschlagungen fortgesetzt.

**Zugzusammenstoß.** In der Gegend von Angers (Frankreich) stießen gestern zwei Kleinbahnzüge zusammen. 15 Personen wurden dabei verletzt, zwei schwer.

**Die „Höjörn“-Expedition.** Die wissenschaftliche Kommission hat Freitag die Untersuchung der von der „Höjörn“-Expedition gefundenen Gegenstände abgeschlossen. Das Skelett Andrés ist ergänzt worden. Die neuen Funde, die den älteren qualitativ und quantitativ ebenbürtig sind, stellen eine vortreffliche Ergänzung zu dem bisherigen Bild über das Andrés-Lager dar. Das gefundene Material umfaßt 400 Gegenstände. Neu gefunden wurden die Fingerring des Observationsbuches, dessen erster Teil im Segeltuchboot gefunden wurde, ein meteorologisches Journal und zwei Karten, die Strindberg gezeichnet hat, weiter zwei Kalender von 1896 und 1897 mit verschiedenen Notizen und schließlich Privatbriefe und Photographien. Die Leichenreste sind jetzt eingearbeitet und die gefundenen Sachen an Bord der „Denskjöld“ gebracht worden.

**Lärm! Lärm!**

Der menschliche Organismus ist erfreulicherweise so geartet, daß er auf lang andauernde Einwirkungen nicht mehr so stark reagiert wie am Anfang. Er hat sich daran gewöhnt. Dieses Gewöhnen spielt im menschlichen Leben überhaupt eine große Rolle. Ohne diese Fähigkeit wäre es zum Beispiel kaum möglich, die heute bestehenden schwierigen Anforderungen der Arbeit und des Berufs zu erfüllen. Wenn der Großstadtmensch jedes Geräusch, das ihm an sein Ohr herangeht, so vernehmen würde, wie er den Gesang eines Vogels im stillen Wald vernimmt, dann wäre es bald mit seinen Nerven zu Ende. Das soll aber nicht heißen, daß die Zustände, die heute in bezug auf den Lärm in unseren Großstädten bestehen, unabänderlich seien, und daß wir



so ohne weiteres für alle Zeiten hinnehmen müßten. Als die stark entwickelte Verkehrstechnik bewirkte, daß der Lärm unmittelbar in den Wohn- und Geschäftstrassen der Großstädte hineingetragen wurde, erschien eine neue Aufgabe auf dem Plan: die Lärmbekämpfung. Leider ist man bei uns in dieser Beziehung noch sehr im Hintertreffen, während in Amerika zum Beispiel schon außerordentliche Erfolge mit der wissenschaftlichen Lärmbekämpfung erzielt wurden. Die Verordnungen der Polizeipräsidien haben im allgemeinen wenig praktischen Wert, da ja kaum genügend Polizeibeamte zur Verfügung stehen, die ihnen Nachdruck verleihen könnten. Es muß deshalb in erster Linie einmal versucht werden, den Lärm an der Quelle zu paken und ihn da abzustellen, wo er erzeugt wird — nämlich bei den Maschinen. In diese Rubrik fällt nicht der Lärm durch Lautsprecher, bei dem man schon mit der Rücksicht der Radioliebhaber auf den Nachbarn rechnen muß, die allerdings in sehr vielen Fällen zu wünschen läßt.

Es steht aber fest, daß die eigentlichen Lärmquellen nicht so sehr laute Musikinstrumente oder lärmende Menschen sind, sondern daß sie auf ganz anderem Gebiete liegen. Der meiste Lärm entspringt dem Straßenlärm, und zwar zu neunzig Prozent ist die Straßenbahn daran schuld. Es ist festgestellt, daß zehn Automobile und fünf Motorräder zusammen nicht so viel Lärm machen, wie eine dahintratternde und dröhnende Straßenbahn, die zudem noch in gefährlicher Weise das Fundament der Häuser erschüttert. Das Radikalmittel, diese Lärmquelle auszuscheiden, wäre natürlich die Abschaffung der Straßenbahn. Daran kann aber im Augenblick nicht gedacht werden. Als einzige Stadt hat Wiesbaden seine Straßenbahn abgeschafft und sich ganz auf Autobusbetrieb umgestellt. Alle anderen werden sich mit ihr, die auch bei der Verkehrsregelung die meisten Schwierigkeiten macht, noch längere Zeit plagen müssen. Die Straßenbahn ist natürlich nicht der einzige Verbrecher von Ausmaß. Auch knatternde Motorräder verursachen ungeheuer viel Lärm. Hier müßte natürlich durch geeignete Anstellung der Konstruktion für Abschaffung gesorgt werden.

Der arbeitende Mensch hat ein Recht auf Ruhe, und dies um so mehr, je mehr seine Tätigkeit Tags über die Nerven in Anspruch nimmt. Es werden also in weitaus stärkerem Maße als das bisher gekam, die verantwortlichen Stellen auf eine geeignete und richtige Lärmbekämpfung nicht geben müssen.

**Sowjet-Beschichten.**

**Das Resultat.**

Als eines Tages ein Skopiter die These verteilte, daß die russische Revolution letzten Endes doch keine wesentlichen Veränderungen herbeigeführt habe, widersprach Karl Kadel, indem er erzählte:

„In einer Moskauer Straßenbahn sitzt ein Fahrgast, der die Ortsangaben des Schaffners ständig mit leisem Murmeln begleitet. Wenn der Schaffner ausruft: „Lenin-Platz“, murmelt der Fahrgast: „Früher: Jaren-Platz“. Ruft der Schaffner: „Straße der Revolution“, murmelt der Fahrgast: „Früher: NikolajstraÙe“.

Schließlich verliert ein Arbeiter die Geduld und brüllt ihn an: „Halt schon endlich dein Maul, Genosse Isroeff!“ Worauf der Fahrgast: „Früher: Sankt-Jud“.

**Theater-Kommando.**

Der Kommissar für Volksaufklärung in Moskau verlangte, daß jeder Soldat der Roten Armee zweimal im Monat zu Bildungszwecken das Theater besuchen müsse.

In Novo-Nikolajewsk, einer riesigen Garnison Ost Sibiriens, sah das Theater aber nur vierhundert Mann.

Was war zu tun? In Ausführung des Befehls aus Moskau ordnete das Kommando folgendes an: Jedes Regiment besuchte an zwei Tagen im Monat das kleine Theater. Das erste Bataillon kommt zum ersten Mal, das zweite zum zweiten usw. So wurde die Volksaufklärung in dieser Garnison wirkungsvoll durchgeführt.

**Wie man in Rußland zu einem Zimmer kommt.**

Die Wohnungsnot ist überall groß, am größten aber wohl in Moskau. Der Besitz eines einzigen Zimmers wird als ein besonderes Glück betrachtet. Man hat aber ein Anrecht auf ein eigenes Zimmer, um in den Besitz eines Zimmers zu kommen, münder darauf los.

Mit dem Heiraten in Rußland ist es ja so eine besondere Sache. Man kann „richtig heiraten“, indem man sich in das ständesamtliche Register eintragen läßt, aber unbedingt erforderlich ist das nicht. Das freie Zusammenleben ist nach den Sowjetgesetzen auch eine Ehe und wird genau so respektiert, wie die registrierte. Wenn nun ein Mann ein Zimmer haben möchte, so nimmt er sich die erste beste Frau mit und gibt an, daß er mit ihr zusammenlebe, also ein Anrecht auf ein eigenes Zimmer habe. Und wenn eine Frau Sohn sucht nach einem eigenen Heim hat, dann nimmt sie sich pro forma einen Mann, setzt mit ihm ein paar Boden zusammen bis dann der Mann verschwindet und das Zimmer seiner „Frau“ überläßt. Sie kann dann auf diese Weise das Zimmer nach einiger Zeit wieder einem Mann übergeben, der dann wieder vor den Behörden „Ihr Mann“ ist.

**Wolkswirtschaft und Sozialpolitik.**

**Londoner Kongreß der I. T. F.**

37 Länder mit 98 Organisationen.

Am Montag beginnt in London der 7. Kongreß der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (I. T. F.). Wie aus dem anläßlich dieser Tagung herausgegebenen Geschäftsbericht für die Jahre 1928 und 1929 hervorgeht, hat die Transportarbeiter-internationale in den letzten beiden Jahren trotz der internationalen Wirtschaftskrise einen ganz bedeutenden Aufschwung genommen. Das trifft sowohl auf die Gewinnung von neuen Mitgliedern als auch auf Erweiterung ihres Einflusses zu.

Am 1. Januar 1928 waren der I. T. F. in 33 Ländern 77 Organisationen mit 2.275.336 Mitgliedern. Der Aufstieg hat auch in dem außerhalb der Reichszeit fallenden Jahr 1930 angehalten; zur Zeit sind in der I. T. F. 37 Länder mit 98 Organisationen vereinigt. Der Gewinn von mehr als 250.000 Mitgliedern ist nicht allein auf Neueintritte von Organisationen zurückzuführen — durch Neueintritte erhöhte sich der Bestand nur um rund 142.000 Mitglieder —, sondern auf Mitgliederzunahme bei den bereits angeschlossenen Organisationen.

Besonders erfreulich ist das weitere Eindringen der I. T. F. in außereuropäische Länder. Anfang 1928 gehörten zur I. T. F. 10 außereuropäische Verbände, heute sind es bereits 22. Vertreten sind in ihr Argentinien, Brasilien, Kanada, Australien, Indien, Palästina, China, Japan, Trinidad und El Salvador. In Europa umfaßt die I. T. F. alle Staaten mit Ausnahme von Sowjetrußland und Livland. Mit den antifaschistischen Eisen- und Straßenbahnern Italiens ist die Verbindung wieder hergestellt worden, während die Verbindung mit den Hafenarbeitern der Vereinigten Staaten gestört ist. Die Organisation der Hafenarbeiter in den Vereinigten Staaten hat nach der Neuwahl ihres Vorstandes ohne Angabe von Gründen den Austritt aus der I. T. F. erklärt und alle Anfragen unbeantwortet gelassen.

Von den angeschlossenen Ländern sind zahlenmäßig Deutschland mit 617.000 Mitgliedern und Großbritannien mit 565.000 Mitgliedern am stärksten. Unter den Berufsgruppen nimmt die der Eisenbahner mit 1.272.300 Mitgliedern den ersten Platz ein; ihr folgt die Gruppe der Transportarbeiter mit 804.586 Mitgliedern

**Ist Ihr Auge nicht mehr als 3'40 Kc wert?**

Schlechtes Licht schädigt das Auge. Eine Batterie PALABA in ihrer Taschenlampe gibt Ihnen überall sofort ein helles, andauerndes Licht

VERGESSEN SIE NICHT-



und als Leuchte kommt die der Seelcut mit 198.450 Mitgliedern. Im Bericht wird die Erwartung ausgesprochen, daß in der nächsten Zeit auch die englische Seelcutorganisation, die der J. T. F. leider noch nicht beigetreten ist, ihren Anschluß vollziehen wird.

Der Geschäftsbericht enthält weiter interessante Abschnitte über die Arbeiten der J. T. F. zur Verbesserung der internationalen Arbeitschutzbestimmungen, der Bekämpfung der Kriegsgefahr und der Gewährung internationaler Hilfe bei großen Kämpfen, besonders der Seelcut und Hafenarbeiter. Der Londoner Kongreß der J. T. F. kann jedenfalls mit Genugung auf die Tätigkeit zurückblicken, die von seinen Exekutiv- und Verwaltungsorganen in den letzten beiden Jahren entfaltet worden ist.

**Ausbau der Heilfürsorge der Allgemeinen Pensionsanstalt.**

Der Allgemeine Angestellten-Verband Reichberg ersucht uns um Verlautbarung nachstehender Mitteilung:

Im § 49 des Pensionsversicherungsgesetzes der Privatangestellten ist die Heilfürsorge für die Versicherten oder Invaliditätsrentner vorgesehen. Diese bezweckt, die vorzeitig drohende Unfähigkeit zur Berufsausübung abzuwenden oder hinauszuschieben oder die bereits eingetretene Berufsunfähigkeit zu beseitigen, sofern zu diesem Zweck die Leistungen der Krankenversicherung nicht genügen. In der Regel wird diese Heilfürsorge von der Pensionsanstalt oder dem Erziehungsinstitut durch Unterbringung des betreffenden Versicherten oder Invaliditätsrentners in Fachheilstätten oder in Heilern unter ärztlicher Aufsicht oder auch durch Bestellung von Brothefen und anderen Mitteln zur Erreichung des Heilfürsorgezweckes im Zusammenwirken mit der zuständigen Krankenversicherungsinstitution durchgeführt. Diese Heilfürsorge, die im Gesetz nicht als eine Pflicht, sondern als ein Recht der Pensionsanstalt vorgesehen ist, wurde bisher im allgemeinen auf Lungenerkrankheiten, Nervenleiden und ähnliche Erkrankungen, ferner auch auf Zahnerkrankungen, Gemäch einer Verlautbarung der Allgemeinen Pensionsanstalt Brao vom 13. September d. J. Zahl XXI/388/30/9 hat der Ausschuß für Heilfürsorge der Allgemeinen Pensionsanstalt in der am 5. September d. J. abgehaltenen Sitzung beschlossen, die Heilfürsorge nunmehr auch auf die schwereren Formen von Gelenksrheumatismus und Psoriasis unter der Voraussetzung auszuweiten, daß die vorzeitige Bedrohung der Erwerbsfähigkeit und die Heilbarkeit der Krankheit gegeben ist. Ferner wurde beschlossen, für Zahnerkrankungen Beiträge zu leisten, wenn es sich mindestens um 11 neue künstliche Zähne oder Kronen handelt. Dieser Beschluß gilt für die der Pensionsanstalt nach dem 1. September 1930 gemeldeten Fälle.

**Ausgebeutete!**

Die bürgerliche Presse kehrt im Golde eure Ausbeuter In die Hand des Arbeiters das Arbeiterblatt.

*Je besser das Licht, desto besser die Arbeit!*

Gute Beleuchtung in der Werkstatt ist der beste Geselle. Aber richtig angelegt und von genügender Stärke muß die Beleuchtung sein. An Licht sparen ist falsch, denn elektrisches Licht ist billiges Licht.

Die meisten Lichtanlagen sind veraltet; darum sollten Sie sich von einem Elektro-Lichtfachmann wegen Verbesserung Ihrer Lichtanlage beraten lassen.



**Innenmattierte OSRAM-LAMPEN geben besseres Licht**

**Kinderefreunde Prag.**

Samstag nachmittag Geländespiel im Park von Stern. — Treffpunkt 3 Uhr bei der Endstation der 1er und 2er. — Nachzügler treffen uns am Stern.

**Mitteilungen aus dem Publikum.**

**Das Rezept des Augenarztes**  
kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn das Augenglas sachmännisch angepasst wird. Lassen Sie Ihr Rezept bei Optiker Deutsch, Prag, Graben 2, Palais „Koruna“, ausführen.

**Mieter, bleibt wachsam!**

In den nächsten Wochen wird das Mietproblem wieder aktuell werden. Bei der jetzigen trostlosen wirtschaftlichen Lage wird eine Mietzinssteigerung, wie eine solche die Hausbesitzer fordern, wohl ausgeschlossen sein. Kann man eine Zinserhöhung bewilligen oder fordern, wenn hunderttausende Arbeitslose auf der Liste stehen, die weder sich, noch viel weniger eine Familie ernähren können und denen das farge trodene Brot fehlt? Von wo sollen denn diese Leute den erhöhten Zins hernehmen, wenn kein Heller für den Lebensunterhalt und den fälligen oder schuldig gebliebenen Zins vorhanden ist.

Die Geschäfts- und Gewerbesteuer klagen über einen grenzenlosen Stillstand an Kaufkraft, Warenabfall und Beschäftigung, so daß Einschränkungen im Staats- und Privatbetrieb, Entlassung von Geschäfts- und Arbeitspersonal, Reduzierung von Löhnen und Gehältern eine bekannte Tatsache ist. Hieraus entwickelt sich ja von selbst der Mangel an Verbrauch bei allen Artikeln, da sich jeder einschränken muß. Zahlungseinstellungen und Konturufe mehren sich auffällig. Pensionisten, kleine Rentner, Arbeitsunfähige, wirtschaftlich schwache Gewerbetreibende, die zu tun haben um ihr Leben fristen zu können und alle, die sich in mifflischen Verhältnissen befinden, würden bei einer Mietzinssteigerung in eine verzweifelte Lage geraten.

Wiederholt wurde betont, daß es den Hausbesitzern nicht schlecht geht. Kein Kapitalist, kein Rentner, kein Kaufmann bezieht für sein Kapital eine so hohe und sichere Verzinsung wie die Hausbesitzer, die ihren Besitz für einen billigen Betrag aufgebaut oder für eine Bagatelle erworben haben. Hierzu gesellen sich noch die bisherigen Zinserhöhungen, — die in ungezählten Fällen eine nicht erlaubte und unverschämte Höhe erreichten. — Steuernachlässe, allerhand Bonifikationen bei der Forderung, Renovierungen an Häusern, für die heute noch viele Parteien ihr schwerverdienendes Geld abliefern müssen, so daß die reinen Zinserrträge eine vorzügliche Kapitalanlage bilden und eine angenehme Existenz dem Besitzer bieten. Wie viele Familien sind gezwungen sich einzuschränken, um den horrenden Wucherzins zu zahlen. Eine Wohnung von zwei und drei Zimmern kann man überhaupt nicht mehr mieten, weil die Einkünfte hierfür nicht reichen.

Das ist das Krebsübel bei den Neubauten, — trotzdem diese eine dreimal so lange Steuerfreiheit genießen, — daß Wohnungen des hohen Mietzins wegen leerstehen und nicht gemietet werden können. Der Mehrzahl der Wohnungssuchenden mangelt ein solches Einkommen, um 8 bis 15 Tausend Kronen für eine 2- und 3-Zimmerwohnung aufwenden zu können. Wenn es wirtschaftlich schwache Parteien wagen, eine solch teure Wohnung zu mieten, und um billiger zu wohnen sich damit helfen, daß sie ein oder zwei Zimmer abvermieten, so ruinieren sie sich wirtschaftlich selbst, weil trotz Astermiete der größere Teil des Mietzins auf sie fällt, und wie es tatsächlich wahr ist, für den von ihnen benötigten Wohnungsbestandteil 5 bis 8 Tausend Kronen zahlen müssen. Solche Parteien — die zumieft dem Mittelstande angehören und auch bessere Zeiten erlebten — sind Menschen und wollen menschlich wohnen, nicht wie leider viele Tausende in feuchten, finsternen, sonnenlosen Kammern und in wirklichen Kellern.

Die Mietzins in den alten Häusern auf gleiche Höhe zu bringen, wie in den Neubauten, ist einfach Wahnsinn! Den Wohnungen in den alten Häusern mangelt zumieft das notwendige Zugehör, lassen in gesundheitlicher Beziehung viel zu wünschen übrig und haben mit Neubauten nichts gemein. Eine solch erzwungene Mietzinssteigerung wäre aufgelegter Mord!

**Bereinsnachrichten.**

**Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag.**  
Rummehr sind die Turnzeiten endgültig geregelt. Es turnen: Turnerinnen: Montag und Donnerstag von 7-9 Uhr; Turner: Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr. — Das Kinderturnen muß vorläufig bis 12. November eingestellt werden, weil die Schule den Turnsaal benötigt. Nach diesem Zeitpunkt finden die Kinderturnstunden wieder regelmäßig am Mittwoch von 5-7 Uhr statt. — Schwimmen abends von nun ab wieder am Mittwoch von 8-10 Uhr in der Almentska.

**Experimentavortrag B. Gubisch, Dresden.**  
„Unsichtbare Mächte“ (Hellssehen, Gedankenlesen, Wahrsagung, Astrologie u. a.) wird Dienstag, den 7. Oktober im großen Uraniaaal zu populären Preisen (Arbeiter, Studenten K 3.—) wiederholt. Kontraredeur gemeldet, freie Diskussion.

**Sport \* Spiel \* Körperpflege**

**II. Arbeiter-Olympia Wien 1931.**

Der Internationale Technische Hauptauschuh hat im August in Wien getagt und u. a. folgende Beschlüsse gefaht:

Die Wettkämpfe beginnen am Donnerstag, den 23. Juli, 8 Uhr.

Der Aufmarsch der Wettkämpfer erfolgt am Donnerstag, den 23. Juli, 17.30 Uhr.

Der Meldeschuh für die Wintersport-Olympiade ist der 15. Jänner, für die Sommer-Olympiade der 15. Juni.

Die Massenübungen erfolgen von allen Nationen in einheitlicher Kleidung. Die Kleidung besteht aus schwarzer Sportlerhose und weißem, ärmellosen Trikot. (Einstimmig angenommen.)

Die Beteiligung an den Massenübungen erfolgt durch alle Sparten.

Während des Festzuges und der Massenübungen finden keine Wettkämpfe statt.

Die Austragung der Olympiade-Meisterschaft in Handball für Frauen wird abgelehnt.

Für die Schulung von Kampfrichtern für das Gerätturnen findet am 3. Mai 1931 in Wien ein internationaler Lehrgang statt.

Der Technische Hauptauschuh wünscht, daß vor der Olympiade keine größeren Verbands- oder internationalen Wettkämpfe stattfinden.

Zur Verbreitung der Olympiade-Marken soll bei allen Wettkämpfen festgelegt werden, ob die Teilnehmer im Besitz von Olympiade-Marken sind.

Anlässlich des am 19. Juli 1931 stattfindenden Kindertages für die Olympiade sollen in allen Ländern Veranstaltungen der Kinder stattfinden. Die Ausgestaltung der Olympiade-Kindertage wird den Ländern überlassen.

Das Bundeskanzleramt für Auswärtige Angelegenheiten hat mit Erlaß vom 21. August die Einreise auf Grund eines Einzelpasses oder Sammelpasses und der Teilnehmerkarte zur Olympiade ohne Sichtvermerk gestattet. Die Einreise kann für die Wintersport-Olympiade vom 20. Jänner bis 8. Feber und für die Hauptveranstaltungen vom 5. bis 26. Juli erfolgen. Für jene Länder, die noch Sichtvermerk für Österreich benötigen, ist dies eine große Erleichterung. Die Aufhebung des Passzwanges (Einzelpass oder Sammelpass) wurde vom Bundeskanzleramt abgelehnt.

Die Fahrpreismäßigung auf den Bahnen ist gegenwärtig mit 25 Prozent für den Einzelfahrer fixiert. Auch ist die Mindeststreckenzahl von 30 Kilometer aufgehoben. Die Ein- und Ausreise muß nicht über dieselbe Grenzstation erfolgen. Das Olympiade-Sekretariat verhandelt gegenwärtig mit der Bundesbahndirektion wegen der übrigen Ermäßigungen und wird den Ländern den diesbezüglichen Erlaß der Oesterreichischen Bundesbahnen in kürzester Zeit zugehen lassen.

**Fußball-Länderspiel Deutschland — Norwegen.**  
Ein letztes diesjähriges Fußball-Länderspiel veranstaltet der Arbeiter-Turn- und Sportbund am 21. September in Hamburg. Nachdem sich die norwegischen Arbeitssportler der Zwangsjacke der Moskowiter entäußert haben, steht der Weg für den gesunden Aufbau und den ungehinderten freundschaftlich sportlichen Verkehr mit den Arbeitersportorganisationen der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale offen. Das Fußballspiel in Hamburg soll den Auftakt zu einem neuen Zeitbruch zwischen der deutschen und norwegischen Arbeiterschaft bilden. Der Hamburger Senat wird beide Mannschaften in seinem Rathaus empfangen. Der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes entsendet als seinen Vertreter den Schriftleiter Kreuzburg (Leipzig). Die deutsche Fußballleitung entsendet nach Hamburg eine Mannschaft, die sehr spielfertig ist und den Mannschaften der vorangegangenen Länderspiele an Können nicht nachsteht wird.

Um die deutsche Handball-Bundesmeisterschaft. Sonntag, den 21. d. treten in Wien Magdeburger Turnersleben und Diktating Wien zum letzten Ausscheidungsspiel an. Beide Mannschaften befinden sich in ausgezeichnetem Spielverfassung und werden ein an technischen Feinheiten reiches Spiel liefern. Wien traut man den Sieg — wenn auch knapp — zu, obwohl die Magdeburger durchaus nicht zu unterschätzen sind. Der Sieger aus diesem Spiel tritt am 28. September gegen Hannover-Hainhof zum Endspiel an.

**Handball-Städtepiele.** Sonntag findet in Leipzig die Begegnung Hannover—Leipzig statt, während in Dresden die Mannschaften von Chemnitz und Dresden tätig sein werden.

**Bücher sind Freunde**  
**Bücher sind Gefährten**

**Les' Bücher**  
**Wissen ist Macht**

**Schenkt Bücher zu jedem Fest!**



**Geschäfte, die in andern Zuegeitungen inserieren, aber den Sozialdemokrat nicht berücksichtigen, betunden damit, daß sie die wirtschaftliche Bedeutung der Buchstoffe unserer Leser nicht erkennen wollen. Zeitung lesen heißt, auch den Angelegenheit beachten und beim Einkauf die Interessen bevorzugen. Niemand wird sich Geschäfte ausfinden, die Arbeiterunwohl nicht zu schügen willen.**

**Wir demonstrieren!**



Wir verlangen Gleichberechtigung für Vitello - Delfkateß - Margarine im Haushalt. Bei Herstellung von Mehlspeisen braucht man sogar 1/4 weniger Vitello als in den Rezepten Naturbutter vorgeschrieben ist; dabei werden aber die Speisen zu mindest so schmackhaft und bleiben länger haltbar. — Nimm deshalb

**zum Kochen, Backen, Braten und auch als Brotaufstrich**



**VITELLO**  
das reine Naturfett

Sammelt Vitello - Schleifen für „Das goldene Buch der Hausfrau“!

**Kaffha-Städtepiele.** In Dresden findet Sonntag das Städtepiel Auffig gegen Dresden statt und in Leipzig gelangt Chemnitz—Leipzig zum Austrag.

**Kunst und Wissen.**

**Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.**  
Sonntag (238—2), 7 1/2 Uhr: „Komödie in Venedig“. Sonntag, Arbeiter-Vorstellung, halb 3 Uhr: „Dalibar“; 7 1/2 Uhr (239—3): „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny“. Montag (240—4), 7 1/2 Uhr: „Komödie in Venedig“.

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Sonntag, halb 8 Uhr: „Irrgarten der Liebe“. Sonntag, 7 1/2 Uhr: „Irrgarten der Liebe“. Montag, 7 1/2 Uhr: „Geschäft mit Amerika“.

**Aus der Partei.**

**Jugendbewegung.**  
S. J. Prag. Sonntag Lagerleben bei Postfabr. Treffpunkt halb 8 Uhr bei der Endstation der 1er in Wilschkan (Na Harst). Instrumente mitbringen! Marschdauer eine Stunde. Kommt alle und pünktlich!

**Physikalisch-diätetisches Sanatorium KLEISCHE bei Aussig**  
Neuzzeitliche Einrichtungen.  
Telefon Aussig 303. Prospekt.

**Der Film.**

**Der erste echte Tonfilm.**

Unter den Dächern von Paris.

Der neue Film der französischen Avantgarde (Regie Renée Claire) hat unsern Kampf gegen die amerikanische und deutsche Ritzsch-Industrie gerechtfertigt!! Wir wählten es und haben von allen Anfang seltener davon geglaubt, daß dieser Augenblick kommen mußte, dieser köstliche Moment, der uns den längst entsehundenen Glauben an die wahre künstlerische Sendung der neuen Kunstausdrucksform des Tonfilms wiedergegeben hat. Der junge, ganz geniale Regisseur kam mit seinem Erstlingswerk und siegte auf der ganzen Linie. Nicht nur in Paris, auch ganz Berlin steht Kopf vor Begeisterung, der große Mozartaal am Kolonnenplatz ist Abend für Abend ausverkauft.

Was ist der unendliche Wert dieses Tonfilms? Wir sehen und erleben Paris; wir sehen die alten, lieben Dächer und Giebel, die Kamera gleitet uns fast hinunter in die engen Gassen, wo wir dann immer deutlicher einen Straßenfänger sein sich singen hören: „Sous les tois de Paris...“

Eine unendlich zarte und doch so romantisch graziole Melodie umschmeichelt unsre Sinne, wir hören ein Volkslied, wie es uns auch in den kühnsten Träumen nur französische Mentalität vorgaukeln kann, wir erleben in den eineinhalb Stunden ein wenig des Lebens, das Paris eignet: tiefen Liebe, tiefen Verbreden und tiefen Streit, aber alles bei Gott nicht irgendwie übertrieben oder gar unheimlich; wenn „er“ eingesperrt wird, so geschieht das mit der gehörigen Portion Humor und Rücksichtnahme, wenn ihn dann seine Geliebte dabei mit seinem besten Freund betrügt, so verstehen wir das alles, denn Renée Claire zaubert um das alles die undefinierbare Atmosphäre von Paris, die uns allen, auch wenn wir die Seinestadt nicht kennen, doch nicht fremd geblieben ist.

Dieser Film ist ein wahrer Milieufilm: man abstrahiert von den „Stars“, die es auch nicht sein wollen, denn jeder einzelne ist der Gesamtwirkung untergeordnet, jeder einzelne verzieht auf persönliche Gestaltung und kennt nur ein Gesicht, das der gemeinsamen Stimmung und Wirkung. Handlung hat der Film kaum: ein lieber netter Straßenfänger verliebt sich in ein Mädchen, das von einem andern, rabiaten „Kavalier“ verfolgt wird. Einer der Freunde des Sängers hinterlegt in seiner Wohnung eine Tasche mit gestohlenem Gut, deshalb wird der falsche verhaftet und sitzt solange, bis er sein Mädchen verloren hat und sein Freund verhaftet wird. Er kommt aus dem Gefängnis, kämpft mit dem Messer um die Geliebte mit dem Knodde, ohne zu wissen, daß dieses Mädchen schon gar nicht mehr ihm gehört.

Wollte einer der in Deutschland oder gar in Amerika geläufigen Herrn aus diesem Vorwurf einen Tonfilm machen, wir könnten uns nicht genug der grauen Sentimentalität vorstellen: Renée Claire weicht dem vollkommen aus und schuf ein vollkommenes Werk des wert. und tonfarren Tonfilms. Es wird nur dann gesprochen oder gar gesungen, wenn der Ton die Wirkung des Bildes steigert, nicht um einen Schlagel anzubringen, damit sich der teure Star auch richtig rentiere. In erster Linie macht Claire einen Film, dem er nur durch den Ton neue Möglichkeiten geben konnte. Wir sehen optische Bilder seltener Prägung — etwa den Messerkampf hinter einem Zaun und im Duster der Straßenlaterne vor dem Geleise der Vorstadtbahn —, wir sehen Gespräche hinter Glastüren und saugen Wortstücken auf, wenn die Türe geöffnet wird, der Gesang des Straßenfängers kommt näher, wenn sich die Kamera der Gesangsgruppe nähert; wenn wir die Dächer von Paris sehen, bleibt alles stumm, kurzum. wir haben hier zum ersten Male eine Verbindung von Bild und Wort nicht nur um der Senfation und des Honorars willen. Der Film wird nur französisch vorgeführt und hat nicht einen einzigen Zwischentitel, so klar sind die Bilder verständlich. Es ist ein Film, der ein kleines Milieu vollkommen bringt.

Walter Lustig.  
Verkaufsstelle: Siegfried Taub.  
Chefredakteur: Wilhelm Rechner.  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.  
Druck: „Foto“ A. G. für Zeitung und Buchdruck. Prag.  
Für den Druck verantwortlich: Otto Doll.  
Die Zeitungsmaschinen wurden von der Gott u. Telegrafischen Maschinen mit Erlaß Nr. 12.800/VII/1930 bewilligt.